

Münchener Anwaltshandbuch Straßenverkehrsrecht

von

Hans Buschbell, Klaus Baschek, Dr. Frank Baumann, Prof. Harald Geiger, Paul Kuhn, Dr. Daniela Mielchen, Joachim Otting, Dr. Markus Schäpe

4. Auflage



Verlag C.H. Beck München 2015

Verlag C.H. Beck im Internet:

www.beck.de

ISBN 978 3 406 66294 2

Zu [Leseprobe](#) und [Sachverzeichnis](#)

schnell und portofrei erhältlich bei beck-shop.de DIE FACHBUCHHANDLUNG

beck-shop.de

Hans Buschbell (Hrsg.)
Münchener AnwaltsHandbuch
Straßenverkehrsrecht

beck-shop.de

beck-shop.de

Münchener
Anwalts
Handbuch

Straßenverkehrsrecht

Herausgegeben von

Hans Buschbell

Rechtsanwalt in Düren und Köln

Bearbeitet von:

Klaus Baschek, Rechtsanwalt und Notar, Fachanwalt für Verkehrsrecht in Gelsenkirchen;
Dr. Frank Baumann LL.M., Rechtsanwalt und Fachanwalt für Versicherungsrecht in Hamm;
Hans Buschbell, Rechtsanwalt in Düren und Köln; *Prof. Harald Geiger*, Präsident des Verwaltungsgerichts München a.D.; *Paul Kuhn*, Rechtsanwalt in Düsseldorf; *Dr. Daniela Mielchen*, Rechtsanwältin und Fachanwältin für Verkehrsrecht in Hamburg; *Joachim Otting*, Rechtsanwalt in Hünxe; *Dr. Markus Schäpe*, Rechtsanwalt und Fachanwalt für Verkehrsrecht in München

4., überarbeitete Auflage 2015



beck-shop.de

Zitievorschlag: MAH StraßenverkehrsR/*Bearbeiter* § . . . Rn. . . .

www.beck.de

ISBN 978 3 406 66294 2

© 2015 Verlag C. H. Beck oHG
Wilhelmstraße 9, 80801 München
Druck und Bindung: Beltz Bad Langensalza GmbH,
Neustädter Straße 1–4, 99947 Bad Langensalza

Satz: Druckerei C. H. Beck Nördlingen

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Vorwort zur 4. Auflage

Das Werk „Münchener Anwalthandbuch Straßenverkehr“ wird nunmehr in 4. Auflage vorgelegt. Das grundsätzliche Konzept des Werkes, die Materie „Straßenverkehrsrecht“ in ihren Kernbereichen darzustellen, wird beibehalten, beginnend mit dem Thema „Verwaltungsrechtliches Führerscheinverfahren“ über das Verkehrsstraf- und OWi-Recht und das Straßenverkehrshaftungsrecht bis hin zum Recht der Kraftfahrtversicherung.

Herausgeber und Autoren haben sich zum Ziel gesetzt, die Materie Straßenverkehrsrecht umfassend darzustellen. Demgemäß werden auch Rechtsmaterien mit Bezug zum Straßenverkehrsrecht gesondert dargestellt, so z.B. verfahrensrechtliche und steuerrechtliche Fragen. Darüber hinaus werden in einem besonderen Teil auch sonstige Rechtsgebiete mit Straßenverkehrsrechtlichem Bezug behandelt, also Sozialvorschriften, Lenk- und Ruhezeiten, Transportrecht und Verfallsverfahren. Besonderes Anliegen des Werkes ist es, auf die Schnittstellen und Verzahnungen zu den einzelnen Kernbereichen aufmerksam zu machen und diese darzustellen.

Eine Besonderheit des Werkes besteht darin, dass sich ein Kapitel mit der Darstellung der Ansprüche bei Körperverletzung, insbesondere bei Schwerstverletzten befasst – sog. Personengroßschäden. Diese spezielle Behandlung dieses bedeutsamen Themas soll auf diesem schwierigen Gebiet die Kompetenz des Anwaltes unterstützen.

Eine weitere, sicherlich sehr nützliche Eigenheit des Werkes ist, dass zu jedem der vorgenannten Bereiche Fragen der Beteiligung von Rechtsschutz behandelt werden. Dies erleichtert zur jeweiligen Fallgestaltung die Klärung und Beurteilung der Eintrittspflicht der Rechtsschutzversicherung. Für die Praxis sind sicherlich die vielfältigen Mustertexte sehr nützlich, die den einzelnen Kapiteln als Anhang beigefügt sind. Gleches gilt für die zahlreich angebotenen Checklisten.

Alle relevanten Rechtsentwicklungen auf dem Gebiet des Straßenverkehrsrechtes werden ausführlich und aktuell behandelt. Das Werk ist auf dem Stand September 2014. Die 4. Auflage wird erneut durch das bewährte und spezialisierte Autorenteam bearbeitet. Neu hinzugekommen ist zudem für die 4. Auflage Herr Rechtsanwalt *Paul Kuhn*, der ebenfalls über langjährige Praxis im Verkehrsrecht verfügt.

Verlag, Herausgeber und das Autorenteam sind auch weiterhin dankbar für Anregungen zur Weiterentwicklung des Werkes. Besonderer Dank gilt meiner Manuskriptsekretärin Frau Gabi Frank für die hilfreiche und engagierte Unterstützung bei der Erstellung des Manuskriptes.

Düren/Köln, im November 2014

Hans Buschbell

Vorwort zur 1. Auflage

Das vorliegende Werk als Anwaltshandbuch zum Straßenverkehrsrecht, also als umfassendes Werk zu diesem speziellen Rechtsgebiet, behandelt diese umfangreiche Rechtsmaterie in einem Band in vier Teilbereichen, nämlich – Verkehrsstraf- und OWi-Recht, – verwaltungsrechtliche Führerscheinverfahren, – Straßenverkehrshaftungsrecht, – Recht der Kraftfahrtversicherung.

Die Darstellung des Straßenverkehrsrechtes in den vorgenannten vier Teilbereichen wurde erstmals vom Verfasser in dem vorangegangenen Werk mit dem Titel „Straßenverkehrsrecht in der Praxis“ angewandt. Ziel des Werkes ist es zunächst, die genannten Teilbereiche des Straßenverkehrsrechtes, orientiert an der gebotenen ganzheitlichen Betrachtung, in ihren rechtlichen Verknüpfungen und Wechselwirkungen darzustellen. Hierbei ist nämlich zu ver-gegenwärtigen, dass bei allen genannten Teilbereichen verknüpfte rechtliche Konsequenzen in Betracht kommen. So haben z.B. die Einlassung und das Ergebnis eines Ermittlungs-, Straf- oder OWi-Verfahrens Auswirkungen auch auf das Recht der Fahrerlaubnis, also das Behalten oder die Wiedererteilung der Fahrerlaubnis, die Feststellungen zur Eignung und speziell zu den Voraussetzungen der Wiedererteilung der Fahrerlaubnis, z. B. nach Entzug im Strafverfahren. Ebenso haben Einlassungen und das Ergebnis eines Straf- und Ordnungs-widrigkeitenverfahrens Auswirkungen auf die haftungsrechtliche Beurteilung beim Unfall-schaden. Weiter können sich Konsequenzen ergeben zum Versicherungsschutz, etwa in der Fahrzeugversicherung und auch hinsichtlich eines potenziellen Regresses der Versicherung als Pflichtversicherung, z. B. bei der Teilnahme am Straßenverkehr unter der Wirkung von Alkohol, Drogen oder bei dem etwa im Raum stehenden Vorwurf der Verkehrsunfallflucht. Die aufgezeigten Zusammenhänge und Wechselwirkungen müssen bei der Bearbeitung einer verkehrsrechtlichen Angelegenheit gesehen und im Sinne des Betroffenen richtig behandelt werden.

Die Komplexität, Schwierigkeit und die nicht selten existenzielle Bedeutung eines straßenverkehrsrechtlichen Vorganges für Betroffene werden in der Praxis häufig nicht richtig oder zu gering eingeschätzt. Ebenso werden die rechtlichen Zusammenhänge in der Praxis nicht selten übersehen, und dies kann für Betroffene erhebliche, manchmal existenzielle Nachteile haben. Ziel des Werkes ist es, einmal die Materie „Straßenverkehrsrecht“ umfas-send und insbesondere in den verknüpften Rechtsfolgen darzustellen und dem Benutzer ei-nen umfassenden Leitfaden zu bieten. Die Kenntnis von der Materie „Straßenverkehrs-recht“ und von den rechtlichen Zusammenhängen schafft Kompetenz und Sicherheit bei der Bearbeitung eines verkehrsrechtlichen Sachverhaltes.

Bei der facetten- und ebenso umfangreichen Materie des Straßenverkehrsrechtes ist es er-kennbar schwierig, alle Einzelfragen umfassend und vertieft zu behandeln. Bei der Themen-behandlung erschien es aber besonders wichtig, auf alle Einzelfragen einzugehen. Hierzu kann verwiesen werden auf die umfassende und differenzierte Gliederung. Es wurde Wert darauf gelegt, alle praxisrelevanten Fragen umfassend darzustellen, so dass das Werk eine weitere Grundlage ist für die Bearbeitung eines verkehrsrechtlichen Mandates. Andererseits will das Werk nicht Anspruch auf wissenschaftliche Vertiefung von Einzelfragen erheben. Hierzu werden im Einzelfall Hinweise auf weiterführende und vertiefende Literatur gege-ben. Die Verbindung zwischen der praxisorientierten Darstellung und den umfassenden Hinweisen auf weiterführende und vertiefende Literatur rechtfertigt den Anspruch des Wer-kes, „Anwaltshandbuch des Straßenverkehrsrechtes“ zu sein.

Die dem Werk vorangestellte Inhaltsübersicht und die umfassende Gesamtgliederung, ori-entiert an der Einteilung des Werkes in die vier Kernthemen des Verkehrsrechtes, ermögli-chen einen sicheren Überblick über die Thematik und das Auffinden der Darstellung zu Ein-zelthemen. Die Nutzung des Werkes soll auch noch dadurch erleichtert werden, dass jedem der 49 Paragraphen wiederum die Gliederung zum jeweiligen Themenbereich vorangestellt ist in Verbindung mit der Darstellung der jeweiligen Spezialliteratur.

Vorwort

Jeder der vier Kernbereiche der Materie „Straßenverkehrsrecht“ wird behandelt entsprechend dem Bearbeitungsablauf, also beginnend mit der Annahme des Mandates, der Sachverhaltsdarstellung, bis hin zur finanziellen bzw. Gebührenabwicklung und der eventuellen Beteiligung von Rechtsschutz. Die Themenbehandlung hat die Position desjenigen vor Augen, der eine verkehrsrechtliche Angelegenheit zu regeln hat, speziell des Anwaltes, der einen in einer Verkehrsangelegenheit Betroffenen zu beraten und/oder zu vertreten hat. Dies kommt auch in einer Besonderheit des Werkes zum Ausdruck. So werden in jedem der vier Teilbereiche des Werkes, orientiert an der speziellen Thematik, bestimmte, sich zu jedem Themenbereich wiederholende Problemstellungen behandelt, nämlich

- Mandatsannahme und -organisation,
- Rechtsmittel und Rechtsmittelverfahren,
- Beteiligung von Rechtsschutz sowie

– Vergütung des Anwaltes einschließlich Beratungs- und Prozesskostenhilfe.

Um die Arbeit in der praktischen Abwicklung zu unterstützen, werden zahlreiche Checklisten, so z.B. zur Annahme des Mandates oder zu Schadenpositionen, geboten. Darüber hinaus sind zu zahlreichen Einzelfragen Übersichten integriert. Weiter werden jeweils im Text zu wichtigen und sich wiederholenden Arbeitsschritten Mustertexte und Formulierungsvorschläge geboten. Hierdurch soll die Abwicklung von routinemäßigen und sich wiederholenden Arbeitsschritten und insbesondere Schriftsätze erleichtert und eine rationelle Arbeitsweise gefördert werden.

Anliegen und Zielsetzung des Werkes, eine praxisorientierte Darstellung der Materie „Straßenverkehrsrecht“ zu bieten, wird ergänzt durch einen Anhang. Dieser bietet zu jedem der genannten Teilbereiche des „Straßenverkehrsrechts“ zunächst einen Mustertext für die sinnvolle Information des Mandanten zum Ablauf der verkehrsrechtlichen Angelegenheit. Darüber hinaus enthält der dem Werk angefügte Anhang zu jedem Teilbereich wichtige Informationen und praxisorientierte Arbeitshilfen und Übersichten.

Besonders dankbar bin ich für die hilfreiche und engagierte Unterstützung durch Frau Gabi Frank bei der Erstellung des Manuskriptes. Dem Verlag C. H. Beck, namentlich Herrn Dr. Schäfer, danke ich für die professionelle Unterstützung.

Das Werk will eine kompakte und zugleich umfassende Grundlage für die Bearbeitung von Angelegenheiten des Straßenverkehrsrechtes sein. Die Themen werden praxisorientiert behandelt mit ausführlichen Hinweisen auf Rechtsprechung sowie weiterführende und vertiefende Literatur. Rechtsprechung und Literatur sind bearbeitet zum Stand vom 1. März 2001.

Autor und Verlag sind für Anregungen zur weiteren Entwicklung des Werkes dankbar.

Düren/Köln, im April 2001

Hans Buschbell

beck-shop.de

Inhaltsübersicht

	Seite
Vorwort	V
Inhaltsverzeichnis	XIII
Bearbeiterverzeichnis	XLIII
Abkürzungs- und Literaturverzeichnis	XLV

Teil A. Mandatsannahme und -organisation

§ 1 Allgemeine Grundlagen der Mandatsannahme und -organisation in verkehrsrechtlichen Angelegenheiten (<i>Baschek</i>)	1
§ 2 Besonderheiten im verwaltungsrechtlichen Führerscheinverfahren (<i>Baschek</i>)	19
§ 3 Besonderheiten im verkehrsrechtlichen Straf- und OWi-Recht (<i>Schäpe</i>)	21
§ 4 Besonderheiten im Straßenverkehrszivilrecht und im Recht der Kraftfahrtversicherung (<i>Baschek</i>)	41

Teil B. Das verwaltungsrechtliche Führerscheinverfahren (Erteilung, Antrag, Wiedererteilung)

§ 5 Erwerb und Geltung der Fahrerlaubnis sowie Fragen zur im Ausland erworbenen Fahrerlaubnis (<i>Geiger</i>)	45
§ 6 Die Voraussetzungen für die Erteilung und die Wiedererteilung der Fahrerlaubnis (<i>Geiger</i>)	70
§ 7 Allgemeine Maßnahmen und Maßnahmen der Fahrerlaubnisbehörde bei Probeführerschein und nach dem Punktsystem (<i>Geiger</i>)	131
§ 8 Beratung und Therapien (<i>Geiger</i>)	150
§ 9 Rechtsmittel und Rechtsmittelverfahren (<i>Geiger</i>)	161
§ 10 Beteiligung von Rechtsschutz im verwaltungsrechtlichen Führerscheinverfahren (<i>Baschek</i>)	179
§ 11 Kosten und Gebühren, Beratungs- und Prozesskostenhilfe im verwaltungsrechtlichen Führerscheinverfahren (<i>Baschek</i>)	186

Teil C. Das verkehrsrechtliche Straf- und OWi-Verfahren

§ 12 Beratung, Bestellung und Tätigkeit als Verteidiger im Ermittlungsverfahren (<i>Schäpe</i>)	197
§ 13 Feststellung von Verkehrsverstößen (<i>Schäpe</i>)	220
§ 14 Klärung von Rechtsfragen (<i>Schäpe</i>)	260
§ 15 Verteidigertätigkeit in der Hauptverhandlung (<i>Schäpe</i>)	303
§ 16 Verteidigung und Vertretung bei – drohender – Führerscheinmaßnahme (<i>Schäpe</i>)	325
§ 17 Rechtsmittel und Rechtsmittelverfahren (<i>Schäpe</i>)	353
§ 18 Kostenerstattung und Gesuche (<i>Schäpe</i>)	368
§ 19 Nebenklage, Adhäsionsverfahren und Vertretung nach Opferschutzgesetz (<i>Schäpe</i>)	373
§ 20 Die Beteiligung von Rechtsschutz im verkehrsrechtlichen Straf- und OWi-Verfahren (<i>Baschek</i>)	378
§ 21 Kosten und Gebühren, Beratungs- und Prozesskostenhilfe im verkehrsrechtlichen Straf- und OWi-Verfahren (<i>Baschek</i>)	400
Anhang Teil C (<i>Schäpe</i>)	426

Teil D. Haftungs- und Schadensrecht

§ 22 Die außergerichtliche Geltendmachung von Haftpflichtansprüchen gegen Schädiger und Haftpflichtversicherung – Schadenmanagement (<i>Kuhn</i>)	455
§ 23 Haftungsrecht und Beweisfragen (<i>Kuhn</i>)	502

Inhaltsübersicht

	Seite
§ 24 Der Sachschaden – Grundlagen und einzelne Schadenpositionen (<i>Kuhn</i>)	570
§ 25 Die Regulierung von Personenschäden – Haftungs- und Beweisfragen (<i>Kuhn</i>)	618
§ 26 Die Ansprüche bei Schwerstverletzungen – Personengroßschäden (<i>Buschbell</i>)	635
§ 27 Die Ansprüche mittelbar Geschädigter/Dritter (<i>Kuhn</i>)	725
§ 28 Schadensminderungspflicht und Vorteilsausgleich (<i>Kuhn</i>)	740
§ 29 Der Arbeits- und Wegeunfall (<i>Kuhn</i>)	751
§ 30 Der Regress des Sozialversicherungsträgers und sonstiger Leistungsträger (<i>Kuhn</i>)	766
§ 31 Der Unfall mit Auslandsberührung (einschließlich Unfall mit Stationierungsstreitkräften) (<i>Kuhn</i>)	783
§ 32 Die Beteiligung von Rechtsschutz und Prozessfinanzierung (<i>Baschek</i>)	797
§ 33 Die Anwaltsvergütung bei der Unfallschadenabwicklung (<i>Baschek</i>)	819
Anhang Teil D (<i>Baschek</i>)	848

Teil E. Verfahrensrecht, Steuerrecht und Haftungsrecht

§ 34 Fristen, Verzug, Verjährung (<i>Kuhn</i>)	863
§ 35 Steuerliche Aspekte der Unfallschadenregulierung (<i>Kuhn</i>)	872
§ 36 Verhandlung, Kapitalisierung und Abfindungsvergleich (<i>Buschbell</i>)	879
§ 37 Der Kraftschadenprozess (<i>Buschbell</i>)	897
§ 38 Der Anwalt in eigener Sache, Haftungsrisiko und Rechtsdienstleistungs- gesetz (<i>Buschbell</i>)	926
Anhang Teil E	932

Teil F. Vertragliche Beziehungen im Verkehrsrecht/Verkehrsvertragsrecht

§ 39 Der Pkw-Kauf (<i>Otting</i>)	937
§ 40 Das Pkw-Leasing (<i>Otting</i>)	994
§ 41 Die Pkw-Reparatur (<i>Otting</i>)	1006

Teil G. Die Kraftfahrtversicherung

§ 42 Rechtsgrundlagen der Kraftfahrtversicherung (<i>Baumann</i>)	1019
§ 43 Der Versicherungsvertrag in der Kraftfahrtversicherung (<i>Baumann</i>)	1040
§ 44 Die Kraftfahrthaftpflichtversicherung (<i>Baumann</i>)	1069
§ 45 Die Fahrzeugversicherung – Teilkaskoversicherung (A.2.2 AKB 08) (<i>Baumann</i>)	1094
§ 46 Die Kraftfahrtversicherung – Vollkaskoversicherung (A.2.3 AKB 08) (<i>Baumann</i>)	1111
§ 47 Die Kfz-Unfallversicherung (A 4 AKB 08) (<i>Baumann</i>)	1128
§ 48 Leistungsfreiheit und Regress in der Kraftfahrtversicherung (<i>Baumann</i>)	1134
§ 49 Verfahrensrecht in der Kraftfahrtversicherung (<i>Baumann</i>)	1142
§ 50 Fragen der Versicherungsaufsicht (<i>Baumann</i>)	1155
§ 51 Exkurs: Die Rückversicherung (<i>Baumann</i>)	1158
§ 52 Die Beteiligung von Rechtsschutz in der Kraftfahrtversicherung (<i>Baschek</i>)	1159
§ 53 Kosten, Gebühren und Verfahrenskosten in der Kraftfahrtversicherung (<i>Baschek</i>)	1166
Anhang Teil G (<i>Baumann</i>)	1173

Teil H. Sonstige Rechtsgebiete und Verfahren mit straßenverkehrsrechtlichem Bezug

§ 54 Sozialvorschriften – Lenk- und Ruhezeiten (<i>Mielchen</i>)	1217
§ 55 Transportrecht, Gefahrgut und LKW-Maut (<i>Mielchen</i>)	1240
§ 56 Verfallsverfahren gem. § 29a OWiG (<i>Mielchen</i>)	1285
Sachverzeichnis	1299

Inhaltsverzeichnis

Teil A. Mandatsannahme und -organisation

§ 1 Allgemeine Grundlagen der Mandatsannahme und -organisation in verkehrsrechtlichen Angelegenheiten		Seite
I. Der Verkehrsunfall – ein Massenphänomen	2	
1. Der Verkehrsunfall – ein Massenphänomen, Ursache für menschliche Tragik und wirtschaftliche Beeinträchtigungen	2	
2. Statistische Aussagen zum Straßenverkehrsunfall	3	
3. Checkliste zur Mandatsannahme und Mandatsabwicklung für außergerichtliche Geltendmachung und Kraftschadenprozess	6	
II. Das Verkehrsrecht – eine facettenreiche Materie	6	
1. Die verschiedenen Rechtsgebiete mit Bezug zum Verkehrsrecht	6	
2. Die Organisation der Mandatsführung	6	
III. Die Gefahr der Interessenkollision	8	
1. Die Gefahr der Interessenkollision, speziell im Straßenverkehrsrecht	9	
2. Die Gefahr des Parteiverrates	10	
3. Möglichkeiten zum Ausschluss der Doppelvertretung	10	
IV. Organisation der Akte und Korrespondenz sowie Nutzung moderner Technik ...	11	
1. Unfallaufnahme sowie Mandanten- und Stammdatenerfassung	11	
2. Nutzung von Arbeitshilfen	14	
3. Nutzung elektronischer Kommunikation	15	
V. Die notwendige Kompetenz und Wissensmanagement	15	
1. Die notwendige Kompetenz	15	
2. Kommunikation zwischen Anwalt und Mandant	16	
3. Wissensmanagement	16	
VI. Kooperation mit Spezialisten	16	
VII. Besonderheiten beim Auslandsunfall	16	
1. Allgemeines	16	
2. Das richtige Vorgehen	17	
3. Die Schadenpositionen	17	
VIII. Der Unfall mit Schwerverletzten – eine besondere Herausforderung	17	
IX. Die Beteiligung von Rechtsschutz	17	
X. Die Vergütungsfrage	17	
1. Die gesetzliche Vergütung	17	
2. Hinweispflicht auf Streitwertabhängigkeit des Honorars	18	
3. Die Vergütungsvereinbarung und Erfolgshonorar	18	
§ 2 Besonderheiten im verwaltungsrechtlichen Führerscheinverfahren		
I. Mandatsannahme und Beratung	19	
1. Existentielle und wirtschaftliche Bedeutung der Fahrerlaubnis	19	
2. Die Möglichkeiten, die Fahrerlaubnis zu erhalten, zu behalten oder wiederzuerlangen	19	
3. Beratung zu besonderen Möglichkeiten	19	
II. Vergütung und Rechtsschutzdeckung	20	
III. Konkrete Ratschläge zu Verhalten und Vorgehen	20	
§ 3 Besonderheiten im verkehrsrechtlichen Straf- und OWi-Recht		
I. Prüfung möglicher Interessenkollisionen	22	
1. Die Gefahr der Interessenkollision	23	

Inhaltsverzeichnis

	Seite
2. Die Gefahr des Parteiverrates	23
3. Möglichkeiten zum Ausschluss der Doppelvertretung	24
II. Annahme des Mandates	24
1. Mandatsanbahnung	24
2. Die Vollmacht	25
3. Anzahl der Verteidiger	27
4. Verbot der gemeinschaftlichen Verteidigung, § 146 StPO	27
5. Pflichtverteidigung	27
III. Beratung zum Verfahrensablauf und zu Fragen des richtigen Verhaltens	28
1. Allgemeine Information	28
2. Verkehrsverstöße im Ausland	29
3. Verhalten gegenüber Ermittlungen der Polizei	30
4. Eintragungen im Bundeszentralregister und in das Fahreignungsregister	30
5. Verjährungsfristen	31
6. Mögliche sofortige Maßnahmen	31
7. Die Situation bei – drohender – Führerscheinmaßnahme	32
8. Kontakt mit Verletzten/Hinterbliebenen	32
IV. Die Gebührenfrage und Klärung der Beteiligung von Rechtsschutz	33
1. Gesetzliche Gebühren	33
2. Erstattung notwendiger Auslagen durch die Staatskasse	34
3. Vergütungsvereinbarung	34
4. Beteiligung von Rechtsschutz	36
V. Organisation der Akte	37
1. Allgemeine Grundsätze	37
2. Nutzung von Mandanten- und Aktenstammdaten	37
3. Organisatorische Hilfen	37
VI. Informations- und Wissensbeschaffung	39
1. Grundsätzliches	39
2. Klärung des Sachverhaltes	39
3. Klärung rechtlicher Thematik	39
4. Informationsbeschaffung	40
VII. Nutzung programmierter Textverarbeitung	40

§ 4 Besonderheiten im Straßenverkehrszivilrecht und im Recht der Kraftfahrtversicherung

I. Das Mandat im Straßenverkehrszivilrecht	41
1. Unfallaufnahme sowie Mandanten- und Stammdatenerfassung	41
2. Die Gefahr der Interessenkollision	41
3. Klärung des Mandatsumfanges	41
4. Die Gebührenfrage und die mögliche Beteiligung von Rechtsschutz	42
II. Die Mandate in Angelegenheiten der Kraftfahrtversicherung	42
1. Mandatsannahme	42
2. Vergütung und mögliche Rechtsschutzdeckung	42

Teil B. Das verwaltungsrechtliche Führerscheinverfahren (Erteilung, Entzug, Wiedererteilung)

§ 5 Erwerb und Geltung der Fahrerlaubnis sowie Fragen zur im Ausland erworbenen Fahrerlaubnis

I. Rechtliche Grundlagen	46
1. Überblick	46
2. Die wichtigsten Regelungen im Einzelnen	46

Inhaltsverzeichnis

	Seite
II. Erwerb der Fahrerlaubnis	48
1. Grundsatz der Freiheit zur Teilnahme am Straßenverkehr	48
2. Die Erlaubnispflicht für das Führen von Kraftfahrzeugen	50
3. Fahrerlaubnis auf Probe, Vorbesitz anderer Fahrerlaubnisklassen, Befristung und Einschränkung der Fahrerlaubnis	56
4. Erteilung der Fahrerlaubnis	58
5. Neuerteilung der Fahrerlaubnis	61
6. Verlängerung einer Fahrerlaubnis	61
7. Ersatzführerschein	62
8. Internationaler Führerschein	62
III. Im Ausland erworbene Fahrerlaubnisse	62
1. Inhaber einer ausländischen Fahrerlaubnis ohne deutschen Wohnsitz	63
2. Inhaber einer EG- und EWR-Fahrerlaubnis mit deutschem Wohnsitz	64
3. Inhaber einer Drittstaaten-Fahrerlaubnis mit deutschem Wohnsitz	69
 § 6 Die Voraussetzungen für die Erteilung und Wiedererteilung der Fahrerlaubnis	
I. Die Begriffe der Eignung und Ungeeignetheit	72
1. Der Begriff der Eignung	72
2. Bedingte Eignung	74
3. Teileignung	74
II. Eignungszweifel bei Alkoholproblematik	75
1. Rechtliche Grundlagen	75
2. Die Fälle der alkoholbedingten Fahrungeeignetheit	75
3. Wiederherstellung der Eignung	77
III. Eignungszweifel bei Drogenproblematik	80
1. Die verstärkte Drogenproblematik	80
2. Kontrollen und Maßnahmen der Polizei	81
3. Die Beurteilung der Eignung bei Drogenkonsum in der Rechtsprechung	82
4. Wiederherstellung der Eignung	87
IV. Die Prüfung der Eignung	89
1. Allgemeines	89
2. Die Aspekte bei der Eignungsprüfung im Einzelnen	91
3. Besondere Eignungsanforderungen für die Fahrerlaubnis der Klassen D, D1, DE und D1E sowie zur Fahrgastbeförderung	92
4. Änderungen in den Eignungsvoraussetzungen	92
5. Bedeutung der strafrechtlichen Beurteilung der Eignung für die Fahrerlaubnisbehörde	95
6. Konsequenzen aus der strafrechtlichen Beurteilung der Ungeeignetheit	96
7. Erkenntnisquellen für die Fahrerlaubnisbehörde	99
V. Die Befähigung	101
1. Die Befähigung und ihr Nachweis durch theoretische und praktische Prüfung	101
2. Ausnahmen vom Erfordernis des Nachweises der Befähigung	101
VI. Mögliche Anlässe zur Begutachtung, Anforderungen an Begutachtungen und Inhalt des Gutachtens	103
1. Einzelfragen zu möglichen Anlässen der Begutachtung für Fahreignung im Verwaltungsverfahren	103
2. Musterschriftsätze bei Anordnung zur Begutachtung der Fahreignung	116
VII. Rechtliche Anforderungen an eine Begutachtungsanordnung	117
1. Gesetzliche Grundlagen der Begutachtung	117
2. Das Begutachtungsverfahren	123
3. Erneute Begutachtung, Obergutachten	127

Inhaltsverzeichnis

	Seite
VIII. Anforderungen an Gutachten	127
1. Notwendiger Inhalt des Gutachtens	127
2. Auswertung des Gutachtens	129
§ 7 Allgemeine Maßnahmen und Maßnahmen der Fahrerlaubnisbehörde bei Probeführerschein und nach dem Punktsystem	
I. Allgemeine Maßnahmen (Verkehrsunterricht, Fahrtenbuch)	132
1. Verkehrsunterricht	132
2. Fahrtenbuch	133
II. Maßnahmen bei Fahrerlaubnis auf Probe	136
1. Voraussetzungen für Maßnahmen	136
2. Die Maßnahmen im Einzelnen	136
3. Neuerteilung der Fahrerlaubnis auf Probe nach Entziehung	139
4. Maßnahmen nach Neuerteilung der Fahrerlaubnis auf Probe	140
5. Übersicht: Maßnahmen der Fahrerlaubnisbehörde bei Fahrerlaubnis auf Probe	140
III. Das Fahreignungs-Bewertungssystem, das Fahreignungsregister und sonstige Register	141
1. Fahreignungsregister, Grundlagen und Zweckbestimmung	141
2. Eintragungen in das Fahreignungsregister	141
3. Tilgung von Eintragungen	142
4. Verwertung von Eintragungen	144
IV. Maßnahmen nach dem Fahreignungs-Bewertungssystem	145
1. Punktebewertung	145
2. Die in Betracht kommenden Maßnahmen	146
3. Besonderheiten bei speziellen Sachverhalten der Punkteberechnung	148
4. Neuerteilung der Fahrerlaubnis nach Entziehung	149
§ 8 Beratung und Therapien	
I. Sachverhaltsklärung	150
1. Akteneinsicht gemäß § 29 VwVfG, § 100 VwGO	150
2. Auswertung der Akten	151
3. Hinweis auf Vorbereitungskurse durch Fahrerlaubnisbehörde	151
II. Frühzeitige Darstellung der Problematik	151
1. Das Mandantengespräch	151
2. Information und Belehrung für Betroffene	152
3. Die Nutzung der Zeit ab – drohender – Entziehung der Fahrerlaubnis	153
III. Vorbereitung auf Begutachtung für Fahreignung	154
1. Vorbereitung ist sinnvoll und notwendig	154
2. Möglichkeiten der Vorbereitung auf die Begutachtung	154
3. Die Begutachtung für Fahreignung und das richtige Verhalten – Ratschläge an den Mandanten	156
4. Information über den Ablauf der Begutachtung	157
5. Beratung bei negativem Ergebnis der Begutachtung	159
IV. Gebühren und Kosten für die Teilnahme an Kursen und Begutachtung	159
1. Verwaltungsgebühren	159
2. Die Kosten der Begutachtung	159
3. Kosten für Teilnahme an Kursen	160
4. Anwaltsgebühren	160
§ 9 Rechtsmittel und Rechtsmittelverfahren	
I. Maßnahmen außerhalb des förmlichen Rechtsmittelverfahrens	161
1. Die Anordnung zur Beibringung eines Gutachtens	161

Inhaltsverzeichnis

	Seite
2. Ziel: Beschleunigung des Verfahrens	164
3. Erörterung mit der Fahrerlaubnisbehörde	164
4. Dienstaufsichtliche Maßnahmen	164
II. Die einzelnen Rechtsmittel	164
1. Grundsätzliches	164
2. Widerspruch	165
3. Klage zum Verwaltungsgericht	166
4. Vorgehen gegen Anordnung der sofortigen Vollziehung	170
5. Beschwerde	174
6. Berufung	175
7. Revision/Sprungrevision	176
8. Wiedereinsetzung	176
III. Streitwert	177

§ 10 Beteiligung von Rechtsschutz im verwaltungsrechtlichen Führerscheinverfahren

I. Der Versicherungsschutz	179
1. Allgemeines	179
2. Die Regelungen in den ARB	180
II. Die Rechtsschutzdeckung im Verkehrsverwaltungsrecht	181
1. Mögliche Fallgestaltungen	181
2. Verkehrsrechtliche Anordnungen ohne Rechtsschutzdeckung im verkehrsrechtlichen Verwaltungs-Rechtsschutz	182
III. Voraussetzungen der Rechtsschutzgewährung	182
1. Vorliegen eines Versicherungsfalles	182
2. Interessenwahrnehmung vor Verwaltungsbehörde oder Verwaltungsgericht	183
IV. Leistungsumfang	183
1. Der Leistungsumfang nach ARB	183
2. Kosten/Gebühren für Begutachtung für Fahreignung (BfF)/MPU	184

§ 11 Kosten und Gebühren, Beratungs- und Prozesskostenhilfe im verwaltungsrechtlichen Führerscheinverfahren

I. Kosten	186
II. Gebühren der Fahrerlaubnisbehörde	188
III. Anwaltsvergütung	188
1. Beratung	188
2. Außergerichtliche Gebühren im Verwaltungsverfahren	189
3. Gebühren-/Auslagenerstattung	192
4. Die Gebühren im Verfahren vor den Verwaltungsgerichten	192
IV. Gegenstandswert	193
1. Allgemeines/Grundlagen	193
2. Streitwertkatalog für die Verwaltungsgerichtsbarkeit, speziell zum Bereich Verkehrsrecht (Fassung 31.5./1.6./18.7.2013)	193
V. Beratungs- und Prozesskostenhilfe	194
1. Beratungshilfe	194
2. Prozesskostenhilfe	194

Teil C. Das verkehrsrechtliche Straf- und OWi-Verfahren

§ 12 Beratung, Bestellung und Tätigkeit als Verteidiger im Ermittlungsverfahren

I. Bestellung und Tätigkeit als Verteidiger	198
1. Bestellung	198
2. Akteneinsicht	199

Inhaltsverzeichnis

	Seite
II. Verteidigungsstrategie	201
1. Fragen zur Feststellung des Verantwortlichen	201
2. Beachtung haftungs- und versicherungsrechtlicher Konsequenzen	204
III. Eigene Ermittlungen des Verteidigers	205
1. Zulässigkeit eigener Ermittlungen des Verteidigers	205
2. Möglichkeiten eigener Ermittlungen des Verteidigers	205
3. Die Durchführung eigener Ermittlungen	206
IV. Ziel der Verteidigung	210
1. Einstellung im strafrechtlichen Verfahren	210
2. Verwarnung mit Strafvorbehalt	213
3. Erledigung durch Strafbefehl	213
4. Vorbereitung der Hauptverhandlung	213
5. Einstellung des Bußgeldverfahrens	213
6. Erledigung durch Beschlussentscheid gemäß § 72 OWiG	214
V. Musterschriftsätze	215
1. Bestellung bei Polizei	215
2. Bestellung bei Staatsanwaltschaft, Bußgeldstelle, Gericht	217
3. Bestellung, speziell in Trunkenheitssache	217
4. Aktenanforderung für Aktenauszug	217
5. Erklärungen zur Terminierung	218
6. Vertagung	218
7. Schreiben an Staatsanwaltschaft/Gericht wegen Einstellung	218
8. Auftrag an Kollegen zur Terminvertretung	219

§ 13 Feststellung von Verkehrsverstößen

I. Allgemeine Fragen zur Feststellung von Verkehrsverstößen	221
1. Messungen durch Kommunen	222
2. Keine Messung durch Private	223
3. Behinderung oder Beeinträchtigung von Feststellungen und Einrichtungen ..	223
4. Verfahren zur Feststellung von Verkehrsverstößen	224
II. Geschwindigkeitsmessverfahren	225
1. Praktische Fragen zur Geschwindigkeitsüberschreitung	226
2. Radarmessverfahren	227
3. Laser-Geschwindigkeitsmesssysteme	228
4. Lichtschranken-Messverfahren	229
5. Koaxialkabelmessverfahren	230
6. Spiegel-Messverfahren	231
7. Funkstopp-Messverfahren	232
8. Geschwindigkeitsermittlung durch Nachfahren	232
9. Geschwindigkeitsmessung durch Verkehrsüberwachungsanlage ProViDa ..	233
10. Geschwindigkeitsmessung von einer Brücke herab	233
11. Feststellung der Geschwindigkeit aufgrund Fahrtenschreiber	233
12. Notwendige richterliche Feststellung	234
13. Richtlinien der einzelnen Bundesländer	234
III. Abstandsmessverfahren	234
1. Rechtsfragen zum erforderlichen Abstand	234
2. Die Messverfahren im Einzelnen	235
IV. Rotlichtüberwachungsanlagen	238
1. Ahndung von Rotlichtverstoß	238
2. Die Rotlichtüberwachungsanlagen	238
3. Feststellung durch Beobachtung	240
4. Voraussetzungen für die Feststellung eines qualifizierten Rotlichtverstoßes ..	240
5. Notwendige taftrichterliche Feststellungen	240

Inhaltsverzeichnis

	Seite
V. Verstöße im Zusammenhang mit der Nutzung des Fahrtenschreibers	241
1. Rechtsgrundlage für die Benutzung eines Fahrtenschreibers	241
2. Verpflichtung zur Aufbewahrung	241
3. Ahndung von Verkehrsverstößen aufgrund der Fahrtenschreiber- aufzeichnung	241
4. Verfahrensfragen	241
VI. Unfalldatenspeicher (UDS)	242
1. Funktionsweise	242
2. Auswertung von UDS-Aufzeichnungen	242
VII. Verstöße gegen Lenk- und Ruhezeiten	243
1. Rechtsgrundlagen	243
2. Überwachung und Zuständigkeit	243
VIII. Achslast und Gesamtgewicht sowie Wägungen	244
1. Gewichtsgrenzen	244
2. Überprüfung des Gewichtes und Messungen	244
IX. Identitätsfeststellung	245
1. Identifizierung anhand des Fahrerfotos	245
2. Identifizierung bei Kennzeichenanzeigen	246
3. Erkennungsdienstliche Behandlung und Gegenüberstellung	247
4. Humanbiologische Gutachten	247
X. Alkohol- und Drogenfahrten	247
1. Rechtliche Aspekte der Feststellung von Alkohol und Drogen	247
2. Die Feststellung der Alkoholkonzentration	248
3. Die Feststellung von Drogen/Rauschmitteln sowie Medikamenten	258
4. Medikamenteneinnahme	259

§ 14 Klärung von Rechtsfragen

I. Verteidigervollmacht	262
1. Form	262
2. Umfang der Vollmacht	262
3. Wirkung der Vollmacht	263
II. Zustellung	263
1. Adressat der Zustellung	263
2. Form der Zustellung	264
3. Ersatzzustellung	264
III. Allgemeine Rechtsfragen in Verkehrsstraf- und OWi-Sachen	265
1. Allgemeine Aspekte	265
2. Rechtswidrigkeit bei Verkehrsverstößen	265
3. Schuldfähigkeit	266
4. Vorsatz und Fahrlässigkeit bei Verkehrsverhalten	266
5. Actio-libera-in-causa	267
6. Tateinheit, Tatmehrheit, Dauerstrafat	267
7. Fragen des Beweisrechts	268
8. Strafzumessung, Tagessatzhöhe und Bußgeldbemessung	269
IV. Die Tatbestände des Verkehrsstrafrechtes	271
1. Fahrlässige Tötung (§ 222 StGB)	271
2. Fahrlässige Körperverletzung (§ 229 StGB)	274
3. Trunkenheit im Verkehr (§ 316 StGB)	274
4. Straßenverkehrsgefährdung (§ 315c StGB)	277
5. Gefährlicher Eingriff in den Straßenverkehr (§ 315b StGB)	280
6. Vollrausch (§ 323a StGB)	281
7. Unerlaubtes Entfernen vom Unfallort (§ 142 StGB)	282
8. Nötigung (§ 240 StGB)	288

Inhaltsverzeichnis

	Seite
9. Sonstige Straftatbestände mit verkehrsrechtlichem Bezug	289
10. Fahren ohne Fahrerlaubnis oder trotz Fahrverbotes (§ 21 StGB)	289
11. Die Verantwortung dritter Personen	290
V. Die Verteidigung bei Verkehrsordnungswidrigkeiten	290
1. Grundlagen des Ordnungswidrigkeitenrechts	290
2. Die Ahndung von Verkehrsverstößen	291
3. Verteidigung bei Verstößen gegen § 24a StVG	294
4. Der Bußgeldbescheid	295
5. Verjährung	297
6. Besonderheiten des Verfahrens	299
VI. Verkehrsverstöße im Ausland	302
1. Die Ahndung von Verkehrsverstößen im Ausland	302
2. Rechtshilfe- und Vollstreckungsabkommen	302
 § 15 Verteidigertätigkeit in der Hauptverhandlung	
I. Vorbereitung der Hauptverhandlung	304
1. Klärung des Ziels der Verteidigung	305
2. Klärung von Rechtsfragen und Sachkompetenz	305
3. Abstimmung über Terminierung	306
4. Vorbereitung der Beweisaufnahme	306
5. Ladung von Zeugen und Sachverständigen durch den Verteidiger	307
6. Vor- und außerprozessuale Klärungen mit Verfahrensbeteiligten	310
7. Vorbereitung der Hauptverhandlung mit dem Mandanten	311
8. Die Anwesenheitspflicht des Angeklagten/Betroffenen	311
9. Ankündigung von Beweisanträgen	312
II. Die Hauptverhandlung	313
1. Gesetzliche Regelungen	313
2. Verhandlungsführung und Fragerecht sowie Protokollierung	313
3. Die Beweisaufnahme	313
4. Beweisantrag	316
5. Rechtliche Hinweise gemäß § 265 StPO	317
6. Hinweis für die Praxis: Terminbericht	318
III. Strafzumessung und Gefahr der Freiheitsstrafe	319
1. Strafzumessung	319
2. Die Gefahr der Freiheitsstrafe	319
IV. Verwarnung mit Strafvorbehalt	319
1. Die gesetzlichen Voraussetzungen	319
2. Prozessuale Fragen und Rechtsmittel	320
3. Rechtsfolgen der Verwarnung mit Strafvorbehalt	321
V. Besonderheiten der Hauptverhandlung im OWi-Verfahren	321
1. Die Anordnung des persönlichen Erscheinens in der Hauptverhandlung	321
2. Die Beweisaufnahme im OWi-Verfahren	323
3. Beachtung der Gefahr des Übergangs in das Strafverfahren	324
4. Das Absehen von der Urteilsbegründung	324
 § 16 Verteidigung und Vertretung bei – drohender – Führerscheinmaßnahme	
I. Allgemeine Aspekte der Verteidigungsstrategie	326
1. Problemstellung	326
2. Wege zur Abwendung des Entzuges der Fahrerlaubnis	327
3. Checkliste zur Verteidigung/Vertretung in Führerscheinmaßnahmen	327
II. Entziehung der Fahrerlaubnis	328
1. Die vorläufige Entziehung	328
2. Entziehung der Fahrerlaubnis	330

Inhaltsverzeichnis

	Seite
3. Ausnahmen vom Entzug der Fahrerlaubnis und der Sperre	335
4. Entzug der Fahrerlaubnis und Verteidigung	336
5. Austausch von Führerscheinmaßnahmen	337
6. Entziehung der Fahrerlaubnis gegen Beifahrer	337
7. Entziehung der Fahrerlaubnis bei Taten allgemeiner Kriminalität	337
III. Das Fahrverbot	338
1. Das Fahrverbot gemäß § 44 StGB	338
2. Das Fahrverbot gemäß § 25 StVG	341
3. Fahrverbot und Bußgeldkatalog-Verordnung (BKatV)	343
4. Die Voraussetzungen für das Absehen vom Fahrverbot	345
5. Übersicht über Rechtsprechung zum Absehen vom Fahrverbot	345
6. Ausnahmen für bestimmte Fahrzeugarten	349
7. Notwendige Feststellungen im Urteil	349
8. Vollstreckung des Fahrverbotes	350
IV. Die Entschädigung für Führerscheinmaßnahmen	350
1. Die Entschädigung	350
2. Ausnahmen von der Entschädigung	351
3. Umfang der Entschädigung	351
4. Entschädigungsverfahren	351
 § 17 Rechtsmittel und Rechtsmittelverfahren	
I. Im Strafverfahren	353
1. Strafbefehlsverfahren	353
2. Berufung	355
3. Revision und Sprungrevision	357
4. Rechtsbehelfe bei Führerscheinmaßnahme	358
II. Im Bußgeldverfahren	361
1. Der Einspruch	361
2. Die Rechtsbeschwerde	363
III. Fristwahrung und Antrag auf Wiedereinsetzung	366
 § 18 Kostenerstattung und Gesuche	
I. Regelung Kostenangelegenheit	368
1. Allgemeines	368
2. Kostenpflicht im Einzelnen	369
II. Ratenzahlung und Zahlungserleichterung	370
1. Antrag auf Gewährung Ratenzahlung/Zahlungserleichterung	370
2. Fragebogen über Vermögensverhältnisse	371
III. Gnadengesuch und Antrag auf Haftverschonung	371
 § 19 Nebenklage und Adhäsionsverfahren	
I. Nebenklage	373
1. Die gesetzliche Regelung	373
2. Gesetzliche Regelung bei Verletzungen infolge Verkehrsunfalls	373
3. Die gerichtliche Entscheidung	374
4. Die Rechtsposition und die Rechte des Nebenklägers	375
5. Prozesskostenhilfe für den Nebenkläger	375
6. Kosten und notwendige Auslagen der Nebenklage	376
II. Adhäsionsverfahren	376
1. Der Antrag	376
2. Der Anspruch auf Entschädigung	376
3. Die Kosten	377

Inhaltsverzeichnis

	Seite
§ 20 Beteiligung von Rechtsschutz im verkehrsrechtlichen Straf- und OWi-Verfahren	
I. Die verschiedenen Rechtsschutzbedingungen ARB (75)/ARB (94)/ARB (2000)/(2008) (2010)(2012) sowie die Abwicklung des Rechtsschutzmandates	379
1. Verkehrsrecht und Rechtsschutz	380
2. Vorschlag für effiziente Korrespondenz mit der Rechtsschutzversicherung ...	382
II. Versicherungsschutz und Leistungsansprüche auf Rechtsschutz in Straf- und OWi-Verfahren	385
1. Der Verkehrs- und Fahrerrechtsschutz	385
2. Die Eintrittspflicht der Rechtsschutzversicherung bei verkehrsrechtlichen Straftaten	386
3. Der Versicherungsschutz bei verkehrsrechtlichen Ordnungswidrigkeiten	387
4. Umfang der Rechtsschutzgewährung	388
5. Ersatz der Verteidigervergütung	389
6. Kosten für außergerichtliche Sachverständigengutachten	391
7. Leistungsumfang bei Beratungen gem. § 34 RVG	393
8. Rechtsschutz bei Auslandsunfällen	393
III. Beachtung von Ausschlussklauseln	394
1. Rechtsschutz bei Vorsatztat	394
2. Kein Ausschluss bei Verkehrsordnungswidrigkeiten (ARB 94)(ARB 2000) (ARB 2010)	395
3. Ausschluss bei Halterhaftung	395
4. Sonstige Einschränkungen	395
IV. Obliegenheiten in der Rechtsschutzversicherung im Verkehrsrecht	396
1. Die Regelungen zu den Obliegenheiten	396
2. Vorsätzliche Verkehrsstraftat	396
V. Beteiligung von Rechtsschutz bei Vertretung von Verletzten	397
1. Im Nebenklageverfahren	397
2. Im Adhäsionsverfahren	397
3. Im Verfahren nach Opferschutzgesetz	397
4. Übersicht	397
VI. Ablehnung des Rechtsschutzes durch den Versicherer	397
1. Mutwilligkeit im Straf- und OWi-Verfahren	397
2. Verfahren bei Verneinung der Leistungspflicht	398
§ 21 Kosten und Gebühren, Beratungs- und Prozesskostenhilfe im verkehrsrechtlichen Straf- und OWi-Verfahren	
I. Die Gebührentatbestände – System und Übersicht	401
1. Die Verteidigervergütung	401
2. Das System der Regelung der Verteidigervergütung	401
II. Die gesetzlichen Gebühren des Wahlverteidigers im Verkehrsstrafverfahren	404
1. Gebühren bei Verteidigung im vorbereitenden Verfahren	404
2. Gebühren bei Verteidigung im gerichtlichen Verfahren	406
3. Zusätzliche Gebühren und Auslagen im vorbereitenden und gerichtlichen Verfahren sowie Einzeltätigkeiten	407
III. Die Gebühren im verkehrsrechtlichen Bußgeldverfahren	413
1. Allgemeines	413
2. Die Verteidigervergütung im Verfahren vor der Verwaltungsbehörde	413
3. Die Verteidigervergütung im gerichtlichen Verfahren im ersten Rechtszug	415
4. Zusätzliche Gebühren und Auslagen im Verfahren vor der Verwaltungsbehörde und dem Amtsgericht sowie Einzeltätigkeiten	417
IV. Besonderheiten beim Übergang vom staatsanwaltschaftlichen Ermittlungsverfahren in das Bußgeldverfahren	418

Inhaltsverzeichnis

	Seite
V. Die Gebührenhöhe und deren Bestimmung	419
1. Die Gebührenhöhe, differenziert nach Art des Gerichtes	419
2. Die Bestimmung der Gebühren nach den Kriterien gemäß § 14 RVG	419
VI. Die Vergütungsvereinbarung	420
1. Zu beachtende Aspekte	420
2. Vergütungsvereinbarung und Rechtsschutz	423
VII. Beachtung besonderer Gebührentatbestände	423
1. Prüfung eines Rechtsmittels	423
2. Gebühren für Gnadenantrag und Antrag auf Zahlungserleichterung	423
3. Gebühr bei Vertretung anderweitig beteiligter Personen	423
4. Feststellung einer Pauschalgebühr	424
5. Beratung und Gutachten gemäß § 34 RVG	424
VIII. Beratungs- und Prozesskostenhilfe in Verkehrsstraf- und OWi-Sachen	425
Anhang Teil C	
I. Mandanteninformation Verkehrsstraf- und Ordnungswidrigkeitenrecht	426
II. Musterschriftsätze zur Mandatsabwicklung	430
1. Erledigung Verfahren ohne Hauptverhandlung (HV)	430
2. Korrespondenz bei Erledigung mit Hauptverhandlung	436
3. Sonstige Mandantenkorrespondenz	443
4. Verfügungen zur Anwendung der Musterschriftsätze	453

Teil D. Haftungs- und Schadensrecht

§ 22 Die außergerichtliche Geltendmachung von Haftpflichtansprüchen gegen Schädiger und Haftpflichtversicherung – Schadenmanagement	
I. Klärung des Mandatsverhältnisses und vorläufige Maßnahmen	457
1. Der/die Auftraggeber und der Umfang des Mandates	457
2. Prüfung und Klärung möglicher Interessenkollisionen	459
3. Entgegennahme der Vollmacht	462
4. Die Bestellung des Betreuers, evtl. im Wege einstweiliger Anordnung	464
5. Hinweis- und Beratungspflichten	465
II. Feststellung des Schädigers, seiner Versicherung und sonstiger Beteiligter; speziell beim Massenunfall	465
1. Feststellung des Schädigers und seiner Versicherung	465
2. Besonderheit beim Massen- und Serienunfall	465
3. Beteiligung der Verkehrsopferhilfe e. V. (VOH), Berlin	466
4. Ansprüche gegen Deutsches Büro Grüne Karte e. V.	467
5. Schadenbearbeitung durch die Gemeinschaft der Grenzversicherer	469
6. Feststellung des Schadenregulierungsbeauftragten bei Unfallabwicklung gemäß 4. KH-Richtlinie (jetzt 6. KH-Richtlinie)	470
III. Möglichkeiten der Beweissicherung	470
1. Vor- und außerprozessuale Beweissicherung	470
2. Gerichtliches Beweisverfahren	470
3. Beweismöglichkeiten durch Unfalldatenspeicher – UDS	473
IV. Geltendmachung von Ansprüchen gegen Halter, Fahrer, Versicherung und sonstige Beteiligte	473
1. Ansprüche gegen Halter, Fahrer und Haftpflichtversicherung	473
2. Unfall mit Bundeswehrfahrzeugen, Bundespolizei- und Militärfahrzeugen der NATO	474
3. Ansprüche gegen Verein „Verkehrsopferhilfe e. V.“ (VOH), Berlin	477
V. Musterschriftsätze zur Abwicklung von Haftpflichtansprüchen gegen Halter, Fahrer, Versicherung und sonstige Beteiligte	479
1. Musterschriftsätze für erstes Anspruchsschreiben	480

Inhaltsverzeichnis

	Seite
2. Musterschriftsätze für vorläufige, ergänzende und endgültige Spezifikation .	485
3. Typische Korrespondenz mit Dritten	487
4. Korrespondenz mit Mandantschaft	491
5. Korrespondenz Meldung Rechtsschutz sowie Kosten- und Gebührenkorrespondenz	492
VI. Geltendmachung von Ansprüchen bei Unfall mit Auslandsberührungen	492
1. Unfall im Inland mit Ausländer	492
2. Der Unfall im Ausland mit Ausländer	494
3. Unfall zwischen Inländern im Ausland	494
VII. Schadenmanagement beim Kraftfahrzeughaftpflichtschaden	494
1. Der Begriff des Schadenmanagements	494
2. Die Position der Versicherung	495
3. Die Interessenlage des Geschädigten	496
4. Schadenmanagement – eine Herausforderung für die Anwaltschaft	498
5. Überlegungen für neue Lösungswege	500
 § 23 Haftungsrecht und Beweisfragen	
I. Die Haftung im Straßenverkehrsrecht	506
1. Die Haftungsgrundlagen – die gesetzliche Regelung zur Gefährdungshaftung	506
2. Überblick über die in Betracht kommenden Haftungstatbestände	507
II. Der Anspruch aus Gefährdungshaftung	507
1. Die Haftung des Halters	508
2. Der Halterbegriff	512
3. Ausschluss der Haftung bei Arbeits- und Dienstunfällen	513
4. Abgrenzung zwischen Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung und Allgemeiner Haftpflichtversicherung	513
5. Haftungsausschluss bei höherer Gewalt gemäß § 7 Abs. 2 StVG	520
6. Ausschluss und Minderung der Verantwortlichkeit gemäß § 827 BGB	521
7. Ausschluss/Einschränkung der Haftung für Kinder bis 7 bzw. 10 Jahre	521
8. Haftung bei Schwarzfahrt	521
9. Die Haftung des Fahrers gemäß § 18 StVG	522
III. Haftungstatbestände bei Verschuldenshaftung	523
1. Haftung nach § 823 Abs. 1 BGB	523
2. Haftung nach § 823 Abs. 2 BGB	524
3. Haftung des Halters für den Verrichtungsgehilfen gemäß § 831 BGB	525
4. Haftung des Aufsichtspflichtigen gemäß § 832 BGB	525
5. Haftung des Tierhalters gemäß § 833 BGB	526
6. Ausschluss und Einschränkung der Haftung von Kindern gemäß § 828 BGB	526
7. Billigkeitshaftung gemäß § 829 BGB	526
8. Haftung bei Amtspflichtverletzung gemäß § 839 BGB	527
9. Der Anspruch bei Selbstaufopferung im Straßenverkehr	528
10. Haftung aus Verletzung der Streu- bzw. Verkehrssicherungspflicht	528
IV. Die Haftung bei entgeltlicher und unentgeltlicher Beförderung von Insassen, speziell die Haftung unter Ehegatten und für Kinder	531
1. Die Haftung für Insassen gemäß § 8a StVG	531
2. Speziell: die Ansprüche unter Ehegatten und für Kinder	532
V. Die Haftung beim Fußgänger- und Radfahrerunfall, speziell Kinderunfall	533
1. Fußgängerunfall	533
2. Radfahrerunfall	534
3. Teilnahme am Straßenverkehr mit besonderen Fortbewegungsmitteln	535
4. Der Unfall mit Beteiligung von Kindern	536

Inhaltsverzeichnis

	Seite
VI. Fragen der Eisenbahnhaftung und der Haftung des Omnibusunternehmers und -fahrers	538
1. Eisenbahnhaftung	538
2. Die Schadenshaftung des Omnibusunternehmers und -fahrers	538
VII. Mitverschulden im Straßenverkehrsrecht	539
1. Mögliches Mitverschulden von Fahrzeuginsassen, speziell unter nahen Angehörigen	540
2. Soziusfahrer	541
3. Radfahrer	541
4. Fußgänger	542
5. Verkehrssicherungspflicht	543
6. Mitverschulden bei Kinderunfall	543
7. Mitverschulden des Geschädigten	544
VIII. Haftungsverteilung	546
1. Die Regelung des § 17 StVG	546
2. Grundsätzliches zur internen Ausgleichspflicht mehrerer gesetzlicher Haftpflichtiger	547
3. Die einzelnen Abwägungskriterien	548
4. Die mitursächliche Betriebsgefahr	548
5. Rechtsprechung zur Abwägung zu häufigen Fallgestaltungen	549
IX. Haftungsverzicht	552
1. Allgemeines	552
2. Haftungsverzicht bei Gefälligkeitsfahrt	553
3. Vertraglicher Ausschluss	553
4. Fahrgemeinschaften	553
5. Fragen des Mitverschuldens	553
X. Probleme bei Erreichen der Versicherungs-/Deckungssumme	554
1. Versicherungssumme als Höchstgrenze der Leistungspflicht	554
2. Das Verteilungsverfahren bei Überschreiten der Höchstsumme	556
3. Versicherungssumme bei Unfällen im Ausland	557
XI. Der „gestellte“ und „provozierte“ Unfall	557
1. Unfallmanipulation	557
2. Der „gestellte“ und der „provozierte“ Verkehrsunfall	558
3. Beweisfragen	558
4. Der „provozierte“ Unfall	564
5. Ausgleichspflicht unter deliktischen Gesamtschuldern	564
XII. Beweislastfragen	564
1. Bei Gefährdungshaftung	564
2. Beweislast bei Schwarzfahrt	564
3. Beweislast bei Verschuldenshaftung	564
4. Beweislast bei Schuldanerkenntnis	565
5. Anscheinsbeweis	565
XIII. Regulierungsverzug	566
1. Allgemeines	566
2. Voraussetzungen des Verzuges	566
3. Folgen des Verzuges	567
XIV. Das anzuwendende Recht bei Unfall im Ausland	568
1. Das Recht des Tatortes	568
2. Das anzuwendende Recht nach der Regelung der Artikel 40 bis 42 EGBGB	568
3. Besonderheiten für exterritoriale und bevorrechtigte Personen	568
XV. Feststellungen zu haftungsrelevanten Tatsachen-/Unfallursachenfeststellung – technikbezogenen und personenbezogenen Unfallursachen	569

Inhaltsverzeichnis

	Seite
§ 24 Der Sachschaden – Grundlagen und einzelne Schadenpositionen	
I. Der Anspruch auf Ersatz des Sachschadens	572
1. Der Begriff des Schadenersatzes	572
2. Der Anspruch auf Schadenersatz	572
3. Ersatz von Vermögensschäden	573
4. Fragen der Kausalität	573
II. Die Sachschadenpositionen im Einzelnen	574
1. Übersicht Sachschadenpositionen	574
2. Der Fahrzeugschaden	575
3. Wertminderung	588
4. Kosten für Bergung, Abschleppen und Überführen	590
5. Kosten der Schadenermittlung – Sachverständigengutachten	590
6. Mietwagenkosten	593
7. Nutzungsausfallentschädigung und Vorhaltekosten	598
8. Diverse Sachschadenpositionen	601
9. Anspruch auf Erstattung der Anwaltsgebühren	603
10. Sonstige Schadenpositionen zum Fahrzeugschaden	604
III. Der Anspruch auf Erstattung von Finanzierungskosten und Zinsen	606
IV. Der Anspruch auf Erstattung der Mehrwertsteuer	606
1. Grundsätzliches	606
2. Einzelfragen	607
3. Neuwagenersatz	607
V. Schadenabrechnung bei Leasingfahrzeugen	608
1. Allgemeines	608
2. Besonderheiten beim Schadenfall mit Leasingfahrzeug hinsichtlich der Art des Schadens sowie hinsichtlich der einzelnen Schadenpositionen	608
3. Die Ansprüche des Leasinggebers	610
4. Ansprüche des Leasingnehmers	611
5. Versicherungsrechtliche Ansprüche	612
6. Die Geltendmachung der Ansprüche	612
7. Besonderheiten beim Unfall mit dem Leasingfahrzeug	613
VI. Geltendmachung von Schadenersatzansprüchen nach Quotenvorrecht	613
1. Grundgedanke des Quotenvorrechtes	614
2. Die Abrechnung nach dem Quotenvorrecht in der Praxis	614
3. Berechnungsbeispiele	615
§ 25 Die Regulierung von Personenschäden – Haftungs- und Beweisfragen	
I. Die Geltendmachung/Anmeldung der Ansprüche	619
1. Die Ansprüche gegen den Schädiger und dessen Versicherung/ Direktanspruch	619
2. Geltendmachung von Ansprüchen aus Unfallversicherung und sonstigen Versicherungen	620
II. Die Kausalität von Verletzungen und die Zurechenbarkeit von Verletzungsfolgen in Rechtsprechung und Literatur	621
1. Fragen der Beweislast	621
2. Praktische Hinweise zur Darstellung/Regulierung von (schweren) Unfallverletzungen, speziell HWS-Verletzungen, im Straßenverkehr	622
3. Der Ursachenzusammenhang zwischen der Schwere des Unfalls/des Aufpralls und den Verletzungen	624
4. Die „Harmlosigkeitsgrenze“ in der Rechtsprechung	625
5. Medizinische Lösungswege, speziell neurologische Untersuchung	626
6. Die Rechtsprechung des BGH (Urteil vom 28.1.2003)	627
7. Beweisfragen bei Vorschaden oder nachträglichen Ursachen	629

Inhaltsverzeichnis

	Seite
8. Psychische Erkrankungen nach Unfallereignissen – „posttraumatische Belastungsstörung“	629
9. Schockschaden als Gesundheitsschaden	630
10. Notwendige Substanziierung zu Verletzungen und Untersuchungsmethoden	631
III. Die notwendigen gutachtlichen Feststellungen	631
1. Die Problemstellung	631
2. Die Bedeutung der Primärverletzung	631
3. Die Beschwerden und der Kausalzusammenhang	632
4. Die Auswahl des Sachverständigen	633
5. Speziell: Begutachtung zu den Pflege- und Betreuungskosten	634
§ 26 Die Ansprüche bei Schwerstverletzungen – Personengroßschäden	
I. Die besondere Problemstellung	640
1. Die gebotene besondere Betrachtung	640
2. Statistisches	641
3. Die Situation für Betroffene mit schweren bleibenden Folgen	642
4. Die geforderte Kompetenz	642
5. Mitwirkungspflichten des Geschädigten – Belehrungspflichten des Anwaltes ..	643
6. Mögliche und gebotene anwaltliche berufliche Zusammenarbeit	643
II. Das richtige Vorgehen, die Geltendmachung der in Betracht kommenden Ansprüche	643
1. Übersicht/Checkliste zur Regulierung der Ansprüche für Verletzte/Schwerverletzte (Personengroßschäden)	643
2. Die Geltendmachung/Anmeldung der Ansprüche	644
3. Geltendmachung von Ansprüchen aus Unfallversicherung und sonstigen Versicherungen	645
III. Klärung der in Betracht kommenden Ansprüche und Beweisfragen	646
1. Der Personenschaden	646
2. Beweisfragen	646
3. Übersicht der Schadenpositionen	647
IV. Heilbehandlungskosten	649
1. Grundsätzliches	649
2. Heilbehandlung im Ausland	650
3. Kosten für kosmetische Operationen	650
4. Nebenkosten bei stationärer Behandlung	651
5. Schadensminderungspflicht und Vorteilsausgleich	651
6. Forderungsübergang	652
V. Vermehrte Bedürfnisse	652
1. Grundsätzliches	652
2. Übersicht: vermehrte Bedürfnisse	652
3. Pflegekosten	653
4. Betreuungskosten	656
5. Anspruch auf behindertengerechtes Wohnen und verletzungsbedingte Umzugskosten	656
6. Ansprüche bei Umschulung und Rehabilitation	657
7. Umbaukosten für Fahrzeug oder Anschaffung eines behindertengerechten Fahrzeuges	658
8. Sonstige Ansprüche	658
VI. Erwerbsschaden	659
1. Grundsätzliches	659
2. Der Erwerbsschaden des unselbstständig Tätigen	661
3. Sonstige auszugleichende Nachteile	663

Inhaltsverzeichnis

	Seite
4. Die Rechtsposition des verletzten Beamten	665
5. Der Erwerbsschaden bei Kindern und Jugendlichen sowie sonstigen Personengruppen	665
6. Die Folgelast für Arbeitgeber/Dienstherrn	667
7. Erwerbsschaden des Selbstständigen	667
8. Steuern	669
9. Schadensminderungspflicht und Vorteilsausgleich	670
10. Wertung überobligatorischer Tätigkeit	670
VII. Haushaltsführungsschaden	671
1. Grundsätzliches und Anspruchsgrundlagen	671
2. Fallgestaltungen und Kriterien bei der Berechnung des Haushaltsführungsschadens	672
3. Arbeitsinhalte und Zeitaufwand, statistische Arbeitszeit einer Frau bei unterschiedlichen Haushaltssituationen	673
4. Die unterschiedlichen Anspruchsgrundlagen und Darlegungslast	675
5. Der Anspruch bei Tötung einer haushaltführenden Person	676
6. Bei Verletzung der den Haushalt führenden Person	680
7. Der Anspruch auf Rente	682
8. Möglicher Rechtsübergang auf SVT	683
9. Prozessuale Fragen	684
10. Fragebogen/Muster zur Ermittlung der Tätigkeit und der zeitlichen Beeinträchtigung	685
11. Berechnungsbeispiel	685
12. Der Haushaltsführungsschaden bei der eingetragenen Lebenspartnerschaft und der nichtehelichen Lebensgemeinschaft	685
VIII. Der Schmerzensgeldanspruch	686
1. Der Schmerzensgeldanspruch, rechtliche Grundlagen	686
2. Checkliste zu den Kriterien der Schmerzensgeldbemessung	687
3. Kriterien zur Bemessung der Höhe des Schmerzensgeldes	688
4. Besondere Fallgestaltungen zum Schmerzensgeld	691
5. Mögliches Teilschmerzensgeld?	694
6. Die Bestimmung der Höhe des Schmerzensgeldes	694
7. Mitverschulden und Vorteilsausgleich	697
8. Schmerzensgeld als Kapital oder Rente	697
9. Schmerzensgeld und erbrechtliche sowie familienrechtliche Aspekte	699
10. Der Schmerzensgeldanspruch im Prozess	699
11. Speziell: der Zinsanspruch bei verzögter Regulierung	701
12. Besteuerung des Schmerzensgeldes	702
13. Verjährung	702
IX. Entschädigungs- und Leistungsansprüche gegenüber sozialen Leistungsträgern und privaten Versicherungen	703
1. Die Beteiligung von sozialen Leistungsträgern	703
2. Beratungspflicht	704
3. Beachtung der Leistungsansprüche gegenüber sozialen Leistungsträgern	704
4. Voraussetzungen des Rechtsübergangs/Regress des Sozialversicherungsträgers	705
5. Ausschluss des Forderungsübergangs aufgrund des sog. „Familienprivilegs“	707
6. Der Regress des Rentenversicherungsträgers wegen Beitragszahlung	707
X. Verhandlung, Kapitalisierung und Abfindungsvergleich	708
1. Die anzustrebende außergerichtliche Erledigung	708
2. Auch die Möglichkeit von Teilregulierungen beachten	708
3. Der Abfindungsvergleich, ein Spezialthema	709
4. Kapitalisierung	709

Inhaltsverzeichnis

	Seite
XI. Personenschadenmanagement – Case-Management – und Rehabilitation von im Straßenverkehr Schwerverletzten	709
1. Der Begriff Case-/Personenschadenmanagement sowie Reha-Management ..	709
2. Bereiche und Arten des Reha-Managements	710
3. Speziell Personenschadenmanagement und Reha-Management bei Verletzungen im Straßenverkehr	712
4. Vereinbartes Reha-Management und Rehabilitationsverfahren gemäß SGB XI – Die Regelung in SGB IX und die Schnittstelle zwischen vereinbarten Reha-Maßnahmen und Maßnahmen nach SGB XI	712
5. Abwicklung/Regeln des Personenschaden-/Case- und Reha-Managements ..	713
6. Die rechtlichen Beziehungen zwischen den Beteiligten	715
7. Code of Conduct des Reha-Managements sowie Muster einer Rehabilitationsvereinbarung	717
8. Fazit	722
XII. Das Behindertentestament	722
1. Die Problemstellung	722
2. Regelungsziele	723
3. Lösungsmöglichkeiten im Überblick	723
4. Ergebnis	724

§ 27 Die Ansprüche mittelbar Geschädigter und Dritter

I. Rechtsgrundlagen und Übersicht Schadenpositionen	725
1. Die in Betracht kommenden Anspruchsgrundlagen	725
2. Checkliste: Ansprüche der mittelbar Geschädigten	726
II. Anspruch der Erben wegen Beerdigungskosten	727
1. Der Anspruch auf Ersatz der Beerdigungskosten	727
2. Die zu ersetzenen Kosten	727
III. Anspruch wegen entgangener Unterhaltsleistungen	728
1. Der Unterhaltsschaden gemäß § 844 Abs. 2 BGB	728
2. Die Anspruchsberechtigten – Fallgestaltungen	729
3. Die Berechnung des Schadenersatzes wegen entgangenen Unterhaltes	731
4. Schadensminderungspflicht und Vorteilsausgleich	736
5. Steuerfragen	737
6. Fragen des Forderungsübergangs	737
IV. Anspruch wegen entgangener Dienste	738
1. Dienstleistungspflicht kraft Gesetzes	738
2. Die Höhe des Schadens für entgangene Dienste	738
3. Feststellung der Ansprüche	739

§ 28 Schadensminderungspflicht und Vorteilsausgleich

I. Schadensminderungspflicht	740
1. Grundlagen	741
2. Schadensminderungspflicht und Sachschaden	742
3. Schadensminderungspflicht bei Personenschaden	744
4. Ersatz für Aufwendungen	747
II. Vorteilsausgleich	747
1. Grundlagen	747
2. Beim Sachschaden	748
3. Vorteilsausgleich bei Ansprüchen aus Körperverletzung	749
4. Anzurechnende Leistungen	750
5. Einzelfälle zu nicht anzurechnenden Leistungen	750

Inhaltsverzeichnis

	Seite
§ 29 Der Arbeits- und Wegeunfall	
I. Die Rechtslage	752
1. Grundgedanke der Unfallversicherung	752
2. Die Rechtslage	752
II. Der Arbeitsunfall	753
1. Begriff „Arbeitsunfall“	753
2. Verfahrensfragen bei Arbeitsunfall	754
III. Ausschluss der Haftung bei Arbeits- und Wegeunfall	755
1. Ausschluss der Haftung	755
2. Die ausgeschlossenen Ansprüche	755
IV. Haftungsbeschränkungen beim Arbeits- und Wegeunfall	756
1. Die Haftungsbeschränkung nach SGB VII	756
2. Die Haftungsbeschränkungen im Einzelnen	757
3. Beschränkung der Haftung und gemeinsame Betriebsstätte	760
V. Die Rechtslage bei Teilnahme am allgemeinen Straßenverkehr	762
1. Allgemeines	762
2. Die Haftung bei Wegeunfällen im Einzelnen	762
3. Die Rechtslage beim Sachschaden bei einem Verkehrsunfall	763
VI. Unfallversicherung und Hilfeleistung bei Unglücksfällen	763
1. Normzweck	763
2. Voraussetzungen	763
3. Anspruchsübergang	764
VII. Die Leistungsansprüche bei einem versicherten Unfall	764
VIII. Abwicklung mit sozialrechtlichen Leistungsträgern	765
1. Verfahren	765
2. Bindungswirkung	765
§ 30 Der Regress des Sozialversicherungsträgers und sonstiger Leistungsträger	
I. Die Rechtslage	767
1. Allgemeines	767
2. Die geänderte Rechtslage	767
3. Die Sozialleistungsträger	767
II. Forderungsübergang	768
1. Die Voraussetzungen des Forderungsübergangs	768
2. Ausnahmen vom Forderungsübergang	772
3. Das Angehörigenprivileg	774
4. Berechnung des Kapitalwertes	775
III. Regress der Pflegekasse	775
1. Gesetzliche Grundlage	775
2. Die Versicherungspflicht	776
3. Übersicht: Leistungen der Pflegekasse	776
4. Feststellung der Pflegestufen	777
5. Regress der Pflegekasse	777
IV. Regress der Bundesagentur für Arbeit	778
1. Die in Betracht kommenden Leistungen	778
2. Der Forderungsübergang	778
3. Übergang von Unterhaltsansprüchen beim Bezug von Arbeitslosengeld II und Sozialgeld nach dem SGB II	779
V. Regress des Dienstherrn	779
1. Rechtsgrundlagen	779
2. Die übergangsfähigen Ansprüche	780
3. Quotenvorrecht des Beamten	780

Inhaltsverzeichnis

	Seite
VI. Der Beitragsregress gemäß § 119 SGB X	780
1. Gesetzliche Grundlage	780
2. Einzelfragen	780
VII. Der Forderungsübergang bei Entgeltfortzahlung durch den Arbeitgeber gemäß § 6 EFZG	781
1. Gesetzliche Grundlage	781
2. Der Forderungsübergang	781
3. Kosten der Rechtsverfolgung	781
VIII. Prozessuale – Fragen der Beweislast	782

§ 31 Der Unfall mit Auslandsberührungen

I. Vorbemerkungen und Problemstellung:	784
II. Versicherungsschutz bei Unfall mit Ausländern im Inland	784
1. Die Versicherungsdeckung	784
2. Das Recht des Unfallortes	787
III. Geltendmachung und Abwicklung von Ersatzansprüchen bei Unfall im Inland mit Auslandsbezug	788
1. Die außergerichtliche Geltendmachung	788
2. Das gerichtliche Verfahren	789
IV. Unfall im Ausland	789
1. Beide Beteiligte Inländer/Deutsche	789
2. Die wichtigsten Punkte zur Unfallschadenregulierung gemäß 6. KH-Richtlinie	790
3. Die Abwicklung im Einzelnen	790
4. Fragen des Gerichtsstandes	793
5. Die Rechtsverfolgungskosten	794
V. Übersicht über Entschädigungsleistungen bei Kraftfahrzeugunfällen	796
VI. Ausländische Kfz-Mindestversicherungssummen	796
1. Geltung der Mindestversicherung	796
2. Möglichkeit der Absicherung	796
3. Versicherungsschutz für Personenschäden	796

§ 32 Die Beteiligung von Rechtsschutz und Prozessfinanzierung

I. Das System der Rechtsschutzversicherung im Straßenverkehrszivilrecht	798
1. Der Schadenersatzrechtsschutz in den Allgemeinen Bedingungen für die Rechtsschutzversicherung (ARB)	798
2. Ausschluss für die Abwehr von Schadenersatzansprüchen	798
3. Versicherter Personenkreis	799
4. Der Versicherungsschutz bei Tötung oder Verletzung	800
5. Notwendige Angaben im Schadenersatzrechtsschutzfall	800
6. Einholung Deckungszusage	801
II. Umfang des Versicherungsschutzes für die Geltendmachung von Schaden- ersatzansprüchen	803
1. Die außergerichtliche Geltendmachung	803
2. Gerichtliches Beweisverfahren	805
3. Gebühren für die Bestellung eines Pflegers	805
4. Im Prozessverfahren	805
III. Einzelne Leistungsansprüche gegen die Rechtsschutzversicherung	806
1. Rechtsschutz und Hebegebühr	806
2. Versicherungsschutz für Nebenverfahren	806
3. Abrategebühr	806
IV. Die Erstattung der Gebührendifferenz bei Teilregulierung	807

Inhaltsverzeichnis

	Seite
V. Vorgehen bei Differenzen über Versicherungsschutz, Stichentscheid oder Schiedsverfahren	808
1. Nach ARB 75	808
2. Nach ARB 94	808
3. Nach ARB 2000/2010	808
VI. Rechtsschutz-Schaden-Service-Gesellschaft	808
VII. Die Auswirkungen der 4. und 5. KH-Richtlinie auf den Rechtsschutzfall im Ausland	809
1. Inhalt und Ziel der 4. KH-Richtlinie für Auslandsschäden	809
2. Die Regelungen zum Auslandsschaden	809
3. Auswirkungen der 4. KH-Richtlinie auf die Abwicklung des Auslands- schadenfalles, speziell im Straßenverkehrsrecht, sowie 5. KH-Richtlinie	811
VIII. Die mögliche Beteiligung der Prozessfinanzierung	813
1. Was ist Prozessfinanzierung?	813
2. Prozessfinanzierung in der anwaltlichen Praxis	814
3. Prozessfinanzierungsauftrag	815
4. Kosten und Gebühren in einer Prozessfinanzierungsangelegenheit	816
5. Der Nutzen der Prozessfinanzierung	816

§ 33 Die Anwaltsvergütung bei der Unfallschadenabwicklung

I. Der Vergütungsanspruch	820
1. Das Mandat als Grundlage	820
2. Umfang des Mandates	821
3. Vertretung mehrerer Unfallgeschädigter	821
II. Die außergerichtlichen Gebühren	823
1. Beratungsgebühr und Erstgespräch gem. § 34 RVG	823
2. Die Geschäftsgebühr der Nr. 2300 VV-RVG	824
3. Die Höhe der Geschäftsgebühr der Nr. 2300 VV-RVG	825
4. Einigungsgebühr der Nr. 1000 VV-RVG	829
5. Hebegebühr der Nr. 1009 VV-RVG	829
6. Auslagen des 7. Teils des VV-RVG	829
7. Abwicklung der Gebühren durch die Versicherer in Kfz-Haftpflicht- schäden	830
8. Kein Verzicht auf weitere Ansprüche bei Abrechnung nach Abrechnungsgrundsätzen	831
III. Gegenstandswert und Vergütungsvereinbarung	832
1. Der Gegenstandswert	832
2. Vergütungsvereinbarung	833
IV. Der Anspruch auf Erstattung der Gebühren	834
1. Grundsätzliches	834
2. Einzelfragen	835
3. Gebührenberechnung bei Teilregulierung	836
4. Anwaltsgebühren bei Regelung unter Inanspruchnahme der Kasko- versicherung	837
5. Vergütung für die Einholung einer vormundschaftsgerichtlichen Genehmigung	838
6. Rechtsanwaltskosten bei Schäden mit Leasingfahrzeugen	838
7. Anwaltsgebühren in eigener Sache	838
V. Gebühren im gerichtlichen Verfahren	838
1. Die Verfahrensgebühr der Nr. 3100 VV-RVG	838
2. Die Terminsgebühr der Nr. 3104 VV-RVG	840
3. Die Einigungsgebühr der Nr. 1003 VV-RVG	842
VI. Erstattung der Gebührendifferenz bei Teilregulierung	842

Inhaltsverzeichnis

	Seite
VII. Erstattung der Gebühren für die Einholung der Deckungszusage der Rechtsschutzversicherung?	843
VIII. Musterschriftsätze zur Kosten- und Gebührenkorrespondenz und Abrechnungsmuster	843
1. Geschäftsgebühr, Nr. 2300 VV-RVG	843
2. Geschäfts- und Einigungsgebühr, Nr. 2300 und Nr. 1000 VV-RVG	844
3. Gebührenanspruch auf Gebührendifferenz gegen Mandant bzw. Rechtsschutzversicherung bei Teilregulierung	844
4. Abrechnungsmuster für anwaltliche Tätigkeit nach Erteilung des Prozessauftrages und Vermeidung des Verfahrens durch Besprechung mit der Gegenseite vor Klageerhebung.	845
5. Abrechnungsmuster hinsichtlich Anrechnung der Geschäftsgebühr auf die Verfahrensgebühr bei gleich hohem Streitwert	845
6. Abrechnungsmuster hinsichtlich Anrechnung der Geschäftsgebühr auf die Verfahrensgebühr bei unterschiedlichem Streitwert	846
7. Abrechnungsmuster hinsichtlich Anrechnung der über der Schwelle liegenden Geschäftsgebühr auf die Verfahrensgebühr bei gleich hohem Streitwert	846
8. Abrechnungsmuster hinsichtlich Anrechnung der über der Schwelle liegenden Geschäftsgebühr auf die Verfahrensgebühr bei unterschiedlichem Streitwert	847
9. Einbeziehen nicht rechtshägiger Ansprüche in Vergleichsverhandlungen in einem laufenden Rechtsstreit	847
Anhang Teil D	
1. Mandanteninformation in Unfallsachen	848
Zur Information und zur Beachtung für die Abwicklung von Schadensangelegenheiten im Straßenverkehr	848
2. Merkblatt zum Unfall mit Auslandsberührungen	851
3. Schadensmeldung an das Deutsche Büro Grüne Karte e. V.	855
4. Übersicht für Rechtsanwälte und Anspruchsteller zur Beteiligung von Prozessfinanzierung	856
5. Praxistipps: Schadenersatz in Deutschland	859

Teil E. Verfahrensrecht, Steuerrecht und Haftungsrecht

§ 34 Fristen, Verzug, Verjährung

I. Regulierungsfristen und Verzug	863
1. Regulierungsfristen	863
2. Verzug	865
3. Frist für Klageerhebung	866
II. Die Verjährung	866
1. Verjährung von Schadenersatzansprüchen	866
2. Beginn und Hemmung der Verjährung	866
3. Verjährung und Unfallspätschäden	869
4. Tabellarische Übersicht über Verjährungsfristen im Haftungsrecht	870

§ 35 Steuerliche Aspekte der Unfallschadenregulierung

I. Allgemeines	872
1. Schadenersatz und Steuern	872
2. Klärung der evtl. Steuerlast	873

Inhaltsverzeichnis

	Seite
II. Sachschaden und Steuern	873
1. Sachschaden	873
2. Besonderheiten bei Auslandsberührung	873
III. Personenschaden und Steuern	874
1. Entschädigung infolge Personenschadens	874
2. Nicht zu versteuernde Entschädigungsleistungen	874
3. Steuervorteile	875
4. Steuerersparnisse und Lohn	875
5. Steuerpflicht für Schmerzensgeld, Unterhalt und Haushaltführungs-schaden	876
6. Gemeinsame Steuerveranlagung	877
7. Vorbehalt des Ersatzes für Steuern	877
IV. Steuerliche Absetzbarkeit von Unfallkosten	877
1. Steuerliche Grundsätze	877
2. Voraussetzungen der steuerlichen Absetzbarkeit	877
3. Die abzugsfähigen Posten	877

§ 36 Verhandlung, Kapitalisierung und Abfindungsvergleich

I. Anwaltliche Verhandlung	880
1. Die außergerichtliche Erledigung	880
2. Sachgerechtes Vorgehen	880
II. Der Abfindungsvergleich	881
1. Rechtliche Aspekte	881
2. Vollmacht und Vertretung	882
3. Außergerichtlicher/gerichtlicher Vergleich	884
4. Grenzen der Regelung	884
5. Form	885
6. Notwendige Belehrung des Anspruchstellers	886
7. Notwendige ausführliche Formulierung	886
8. Störung der Geschäftsgrundlage iSv § 313 BGB	886
9. Checkliste: Voraussetzungen und Inhalt eines Abfindungsvergleiches	887
III. Kapitalisierung	888
1. Rente und/oder Kapital	888
2. Das Recht auf Kapitalisierung	888
3. Vorteile und Risiken der Kapitalisierung	889
4. Die Berechnung der Kapitalabfindung	889
5. Steuerliche Aspekte	890
IV. Vorbehalte	891
1. Allgemeines	891
2. Vorbehalt zu einzelnen Positionen	891
3. Vorbehalt des Verzichtes auf Einrede der Verjährung	892
4. Lösungsmöglichkeit von einem Abfindungsvergleich nur in engen Grenzen	892
5. Anwaltspflichten beim Abfindungsvergleich	893
6. (Un-)Wirksamkeit eines Abfindungsvergleichs	894
V. Anpassung oder Änderung einer Abfindungsvereinbarung	895
1. Unvorhergesehene Spätschäden	895
2. Rentenanpassung	895
3. Speziell: Zuerkennung eines weiteren Schmerzensgeldes	895
VI. Abfindungsvergleich und Anwaltshonorar	895
1. Der Erstattungsanspruch	895
2. Die Höhe der Anwaltsvergütung gemäß RVG	896
3. Vereinbarung über Gebührenausgleich	896

Inhaltsverzeichnis

	Seite
§ 37 Der Kraftschadenprozess	
I. Grundlagen	899
1. Allgemeines	899
2. Berufsrechtliche Aspekte im Kraftfahrthaftpflichtprozess	900
3. Mögliche Besonderheiten bei erhobener Widerklage	900
II. Der Aktivprozess	900
1. Prüfung der Aktivlegitimation	900
2. Aktivlegitimation bei Forderungsübergang auf Sozialleistungsträger	902
3. Aktivlegitimation bei Leasingfahrzeugen	902
III. Passivlegitimation	902
1. Prüfung der Passivlegitimation	902
2. Der Direktanspruch gegen die Versicherung	903
3. Unfall mit Auslandsbeteiligung	903
IV. Prozessuale Fragen	904
1. Die Zuständigkeit	904
2. Widerklage	905
3. Streitwert	906
4. Bindungswirkung	906
5. Eigener Anwalt bei „fingiertem“ Unfall	907
6. Prozessuale Besonderheiten bei Vorliegen eines Unfalls nach SGB VII	907
V. Klageanträge – Leistungs- und Feststellungsklage	908
1. Leistungsklage	908
2. Feststellungsklage	910
VI. Beweisfragen	911
1. Die Beweislastverteilung	911
2. Beweisführung	912
3. Anscheinsbeweis	913
4. Sachverständigenbeweis	913
5. Die Haftung des gerichtlichen Sachverständigen	915
VII. Streitwert und Kosten	915
1. Streitwert	915
2. Kosten und Gebühren	915
3. Entschädigung wegen überlangen Verfahrens	917
VIII. Rechtsmittel	917
1. Checkliste: Rechtsmittel im Kraftschaden (-Prozess)	917
2. Tatbestandsprüfung und Tatbestandberichtigung	918
3. Die Berufung im Einzelnen	918
4. Die Revision	921
5. Beschwerde	921
6. Rechtskraftwirkung	922
IX. Muster Klageschrift Schadenersatzforderung und Feststellungsklage	922
1. Muster: Klageschrift Schadenersatzforderung	922
2. Muster: Feststellungsklage, unbezifferter Klageantrag	924
§ 38 Der Anwalt in eigener Sache, Haftungsrisiko und Rechtsdienstleistungsgesetz	
I. Problemstellung	926
1. Haftungsrisiken	926
2. Vergütungsanspruch und Pflichtverletzung	927
3. Belehrungspflichten	927
4. Berufsrechtliche Risiken, speziell Interessenkollision	927
II. Vermeidung von Haftungsrisiken	928
1. Übersicht über die wichtigsten Haftungstatbestände	928
2. Ausreichende Versicherungssumme	929

Inhaltsverzeichnis

	Seite
3. Verjährungsbeginn bei anwaltlichen Beratungsfehlern	929
4. Verjährung und Hemmung	929
5. Verhalten im Haftpflichtfall	929
III. Das Rechtsdienstleistungsgesetz	930
1. Rechtsdienstleistungsgesetz und Rechtsdienstleistungsverordnung – RDV	930
2. Rechtsdienstleistung in Verkehrsangelegenheiten, speziell bei der Schadensregulierung	930
Anhang Teil E	
Kapitalisierungstabellen	932

Teil F. Vertragliche Beziehungen im Verkehrsrecht – „Verkehrsvertragsrecht“

§ 39 Der Pkw-Kauf

I. Verbrauchsgüterkauf	938
1. Rechtsgrundlagen	938
2. Unternehmer	938
3. Passivlegitimation bei Umgehungsgeschäft	939
4. Verbraucher- und Unternehmerstatus nicht disponibel	940
5. Täuschungen über Status	940
6. Existenzgründerfälle	941
7. Doppelstatus (Dual Use)	941
8. Beweislast für das Vorliegen eines Verbrauchsgüterkauf	941
9. Nicht-Verbraucher und Nicht-Unternehmer	941
10. Kauf des Fahrzeugs durch Verbraucher am Ende der Leasingzeit	941
11. Agenturgeschäft	942
12. Verbraucherschutzrechte beim Verbrauchsgüterkauf	942
II. Der Vertragsabschluss	942
III. Einbeziehung von AGB	943
IV. Vertragstypen mit Verbraucher – Widerrufsrecht	945
1. Außerhalb von Geschäftsräumen geschlossene Verträge	945
2. Verbraucher-Teilzahlungskauf	946
3. Verbundener Vertrag aus Kauf und Darlehen	947
4. Fernabsatz	948
V. Inzahlungnahme	952
1. Kaufvertrag mit Ersatzungsbefugnis	952
2. Doppelkauf mit Verrechnungsabrede	952
3. Getrennte Kaufverträge	953
VI. Nichtabnahme des Fahrzeugs durch den Käufer	953
VII. Sachmangel	954
1. Neufahrzeug	954
2. Gebrauchtwagen	961
VIII. Ausschluss von Sachmangelhaftungsansprüchen	976
1. Individualvertragliche Klauseln	976
2. Klauseln in AGB	976
IX. Beweislastumkehr	977
X. Die Sachmangelhaftungsansprüche	980
1. Ersatzlieferung	980
2. Nachbesserung	981
3. Minderung	985
4. Rücktritt	985
5. Nutzungsvergütung nach Rücktritt	986

Inhaltsverzeichnis

	Seite
6. Nutzungsvergütung für nach Kauf montiertes Zubehör	987
7. Nutzungsvergütung für Überführungs- und Zulassungskosten	988
8. Schadenersatz zusätzlich zu den Sachmangelhaftungsrechten	988
XI. Garantie	989
1. Neuwagengarantien	990
2. Gebrauchtwagengarantien, Gebrauchtwagengarantieversicherungen	991

§ 40 Das Pkw-Leasing

I. Grundsätzliches, Vertragstypen	994
1. Verbreitete Modelle und daraus resultierende Rechtsprobleme des Leasings	994
2. Das Dreiecksverhältnis	995
II. Verbraucherschutzaspekte	996
1. Widerrufsrecht	996
2. Abtretung wirksam ausgeschlossener Sachmangelhaftungsansprüche	996
III. Inzahlunggabe eines Fahrzeugs	997
IV. Sachmangelhaftungsansprüche	998
1. Grundsätzliches	998
2. Abwicklung	998
V. Erwerb des Fahrzeugs durch den Leasingnehmer nach Leasingende	999
VI. Diebstahl des Fahrzeugs während der Laufzeit des Leasingvertrages	1000
VII. Unfall mit Totalschaden während der Leasingzeit	1000
VIII. Unplanmäßige Beendigung des Leasingvertrages	1001
IX. Planmäßige Beendigung des Leasingvertrages	1002
1. Die Abrechnung des Restwertvertrages	1002
2. Verwertung des Fahrzeugs nach Vertragsbeendigung	1002
3. Die Abrechnung des Kilometervertrages	1004
X. Verjährung	1005

§ 41 Die Pkw-Reparatur

I. Außerhalb von Geschäftsräumen geschlossene Verträge sowie Fernabsatz	1006
II. Grundsätzliches, Abgrenzung zum Kauf mit Montageverpflichtung	1008
III. Einbeziehung der Allgemeinen Geschäftsbedingungen	1009
IV. Die finanzierte Reparatur	1010
V. Kostenvoranschlag	1011
VI. Sachmangelhaftungsausschluss	1012
VII. Pflichten des Auftragnehmers	1012
VIII. Pflichten des Auftraggebers	1014
IX. Werkunternehmerpfandrecht und Zurückbehaltungsrecht	1015
X. Sachmangelhaftungsansprüche	1016
XI. Sachmangelhaftung bei „Ohne-Rechnung-Abrede“	1017
XII. Verjährung	1018
XIII. Gerichtsstand	1018

Teil G. Die Kraftfahrtversicherung

§ 42 Rechtsgrundlagen der Kraftfahrtversicherung

I. Allgemeines und Rechtsentwicklung	1020
1. Der Begriff der Kraftfahrtversicherung	1020
2. Die Rechtsentwicklung	1020
3. Das neue Versicherungsvertragsgesetz	1021

Inhaltsverzeichnis

	Seite
II. KH-Versicherung und internationale sowie europarechtliche Regelungen	1021
1. Verordnung über Internationalem Kraftfahrzeugverkehr (IntVO)	1022
2. Europarechtliche Regelungen zur Harmonisierung der Rahmen- bedingungen in der Kfz-Haftpflichtversicherung	1022
3. Der Schadenregulierungsvertreter	1023
4. Neuere Europarechtliche Rechtsentwicklung	1029
5. Sonstige Zielsetzungen in der KH-Versicherung sowie des Pflicht- versicherungsgesetzes	1030
III. Die Rechtsgrundlagen des deutschen Versicherungsrechtes	1030
1. Versicherungsvertragsgesetz (VVG)	1031
2. Versicherungsaufsichtsgesetz (VAG)	1031
3. Pflichtversicherungsgesetz (PflVG)	1031
4. Ausländer-Pflichtversicherungsgesetz (AuslPflVG)	1032
5. Kraftfahrzeug-Pflichtversicherungsverordnung (KfzPflVV)	1036
6. AKB und TB	1037
7. BGB und HGB	1038
8. Internationales Versicherungsrecht und grenzüberschreitende Versicherungsverträge	1038

§ 43 Der Versicherungsvertrag in der Kraftfahrtversicherung

I. Anwendung des neuen VVG/Überleitungsvorschriften	1042
II. Beteiligte Personen	1042
1. VN und Versicherer	1042
2. Versicherungsvertreter- und -makler	1043
3. Der geschädigte Dritte in der Kfz-Haftpflichtversicherung	1043
4. Mitversicherte Personen	1043
III. Allgemeines zum Versicherungsvertrag in der Kraftfahrtversicherung	1043
1. Vertragsschluss	1044
2. Beginn und Dauer des Versicherungsvertrages	1045
3. Beratungs- und Dokumentationspflichten	1046
4. Informationspflichten	1048
5. Das Widerrufsrecht nach §§ 8, 9 VVG	1050
6. Anfechtung, Rücktritt, Kündigung	1051
7. Divergenz zwischen Antrag und Versicherungsschein	1052
8. Tarifierungsmerkmale	1052
9. Grenzüberschreitende Versicherungsverträge	1052
10. Kaskoversicherung bei Leasingfahrzeugen	1054
IV. Die Pflicht zur Prämienzahlung	1055
1. Allgemeines	1055
2. Erst- und Folgeprämie	1055
3. Rechtsfolgen bei verspäteter Zahlung der Erstprämie	1055
4. Rechtsfolgen bei verspäteter Zahlung der Folgeprämie	1056
5. Risikoadäquater Prämienanspruch des Versicherers bei frühzeitiger Beendigung des Versicherungsverhältnisses	1056
V. Vorläufige Deckung	1057
1. Allgemeines	1057
VI. Risikoausschlüsse und -begrenzungen sowie Leistungsfreiheit des Versicherers ..	1059
1. Primäre Risikobegrenzung	1059
2. Sekundäre Risikobegrenzung	1059
3. Obliegenheiten	1060
4. Vertraglich vereinbarte Obliegenheiten gem. § 28 VVG	1061
5. Gefahrerhöhung gem. §§ 23 bis 27, 29 VVG	1063
6. Die vorvertragliche Anzeigeobliegenheit gem. §§ 19 bis 22 VVG	1065

Inhaltsverzeichnis

	Seite
7. Weitere Obliegenheiten	1066
8. Schuldhafte Herbeiführung des Versicherungsfalles	1066
9. Anzeigepflichten im Zusammenhang mit Tarifierungsmerkmalen	1066
VII. Verjährung von Ansprüchen aus dem Versicherungsvertrag	1067
1. Allgemeine Verjährungsvorschriften	1067
2. Beginn und Unterbrechung der Verjährung	1067
3. Die Verjährung des Direktanspruchs nach § 115 Abs. 2 VVG	1068
§ 44 Die Kraftfahrthaftpflichtversicherung	
I. Das Mandat in der Kraftfahrthaftpflichtversicherung	1070
1. Das Haftungsverhältnis	1070
2. Das Deckungsverhältnis	1070
II. Allgemeines	1071
1. Die Rechtsquellen	1071
2. Besonderheiten des Vertrages in der Kfz-Haftpflichtversicherung	1071
III. Versichertes Risiko	1073
1. Gegenstand der KH-Versicherung	1073
2. Der Anspruch auf Versicherungsschutz	1075
3. Räumlicher Geltungsbereich	1075
4. Haftpflichtversicherung bei Prüfungsfahrten, Probefahrten, Überführungsfahrten	1075
5. Fahrzeugwechsel	1076
IV. Einschränkungen und Ausschluss des Versicherungsschutzes durch Obliegenheitsverletzung/Leistungsfreiheit	1076
1. Einteilung der Obliegenheiten	1076
2. Obliegenheitsverletzung vor Eintritt des Versicherungsfalles	1076
3. Obliegenheitsverletzung nach Eintritt des Versicherungsfalles	1081
4. Gefahrerhöhung	1085
5. Herbeiführung des Versicherungsfalles	1086
V. Der Repräsentant in der KH-Versicherung	1087
1. Allgemeines	1087
2. Beispiele für Repräsentanteneigenschaft	1087
3. Verneinung der Repräsentanteneigenschaft	1088
VI. Der Direktanspruch in der KH-Versicherung nach § 115 Abs. 1 Nr. 1 VVG	1088
1. Allgemeines	1088
2. Das Verweisungsprivileg	1089
3. Rechtskrafterstreckung	1089
4. Anzeigepflichten des Dritten	1090
VII. Die Deckungsklage in der KH-Versicherung	1090
1. Allgemeines	1090
2. Trennungsprinzip und Bindungswirkung	1090
VIII. Abwicklung des Versicherungsfalles	1090
1. Regulierungsbefugnis und Prozessführungsrecht des Versicherers	1090
2. Anerkenntnis- und Befriedigungsrecht des VN	1092
3. Verfügungsverbot nach § 108 Abs. 1 VVG	1092
4. Abtretungsrecht nach § 108 Abs. 2 VVG	1092
IX. Kraftfahrthaftpflichtversicherung und internationales Recht	1092
X. Verkehrsoperhilfe e. V.	1093
§ 45 Die Fahrzeugversicherung – Teilkaskoversicherung (A.2.2 AKB 08)	
I. Der Versicherungsvertrag	1095
II. Versichertes Risiko	1095
1. Allgemeines zum Versicherungsschutz	1095

Inhaltsverzeichnis

	Seite
2. Der Versicherungsschutz im Einzelnen	1096
3. Der Versicherungsschutz gegen Entwendung	1100
4. Die Entschädigung bei Totalschaden, Zerstörung und Verlust des Fahrzeuges	1104
5. „Wieder aufgefundene“ Sachen	1106
III. Einschränkung und Ausschluss des Versicherungsschutzes, speziell bei Obliegenheitsverletzungen, sowie vorsätzliche und grob fahrlässige Herbeiführung des Versicherungsfalles	1106
1. Allgemeines	1106
2. Einzelfragen zur Kaskoversicherung	1106
3. Folgen der Obliegenheitsverletzung	1108
4. Grob fahrlässige Herbeiführung des Versicherungsfalls	1108

§ 46 Die Fahrzeugversicherung – Vollkaskoversicherung (A.2.3 AKB 08)

I. Allgemeines	1112
II. Versicherte Ereignisse	1112
1. Unfallschäden	1112
2. Mut- und böswillige Handlungen	1114
III. Ausschluss und Einschränkung des Versicherungsschutzes	1114
1. Allgemeines	1114
2. Einzelfälle der groben Fahrlässigkeit	1114
3. Obliegenheitsverletzungen	1119
IV. Abwicklung der Ansprüche	1120
1. Allgemeines	1120
2. Die Geltendmachung der Entschädigung und speziell Abrechnung nach der Differenztheorie	1122
V. Ansprüche aus der Autoschutzbrieftversicherung und sonstigen Versicherungen	1126
1. Autoschutzbrieft	1126
2. Exkurs: Ansprüche aus sonstigen Versicherungen	1126

§ 47 Die Kfz-Unfallversicherung (A 4 AKB 08)

I. Die Bedeutung der Kfz-Unfallversicherung	1128
II. Rechtsgrundlagen	1128
1. Allgemeines	1128
2. Vorläufige Deckung	1129
III. Versicherte Gefahren und Personen	1129
1. Gegenstand der Versicherung	1129
2. Unfallbegriff	1129
IV. Versicherte Leistungen	1130
1. Allgemeines	1130
2. Leistung bei Invalidität	1130
3. Leistung bei Tod	1131
4. Krankenhaustagegeld, Genesungsgeld und Tagegeld	1131
5. Fälligkeit	1132
6. Neubemessung des Invaliditätsgrades	1132
7. Sonstiges	1132
V. Einschränkung und Ausschluss des Versicherungsschutzes	1132
1. Ausschluss bestimmter Unfallursachen	1132
2. Ausschluss bestimmter Unfallfolgen	1133

Inhaltsverzeichnis

	Seite
§ 48 Der Regress in der Kraftfahrtversicherung	
I. Der Regress in der Kfz-Haftpflichtversicherung	1134
1. Die Regress nach § 116 Abs. 1 VVG	1134
2. Weitere Regressstatbestände	1136
II. Der Regress in der Kaskoversicherung	1136
1. Der Regress nach § 86 Abs. 1 VVG	1136
2. Weitere Regressstatbestände	1138
III. Der Regress bei ungerechtfertigter Bereicherung und unerlaubter Handlung	1138
1. Der Regress nach §§ 812 ff. BGB	1139
2. Der Regress nach §§ 823 ff. BGB	1140
IV. Der Regress des Sozialversicherungsträgers	1141
§ 49 Verfahrensrecht und Kraftfahrtversicherung	
I. Allgemeines	1143
1. Die Besonderheiten des Versicherungsprozesses	1143
2. Checkliste zur versicherungsrechtlichen (prozessualen) Auseinandersetzung	1144
II. Der Versicherungsprozess in der Kraftfahrtversicherung	1145
1. Prozessuale Besonderheiten im Haftpflicht- und Versicherungsprozesses	1145
2. Klageart und Anträge	1147
3. Gerichtsstand, speziell für die Deckungsklage	1147
4. Prozessführungsrecht der klagenden Partei	1148
5. Passivlegitimation	1148
6. Streitwert	1149
III. Beweisfragen und Beweislastverteilung im Versicherungsprozess, speziell Regressprozess	1149
1. Allgemeines und die einzelnen Fallgestaltungen	1149
2. Beweisfragen im Rückforderungs-, Regressprozess des Versicherers	1150
IV. Klage gegen Leistungsablehnung gemäß § 12 Abs. 3 VVG	1151
V. Sachverständigenverfahren	1151
1. Sachverständigenverfahren, Rechtsgrundlage	1151
2. Das Sachverständigenverfahren	1151
3. Verbindlichkeit/Unverbindlichkeit des Gutachtens	1152
VI. Außergerichtliche Streitschlichtung und Ombudsmann	1153
1. Die mögliche außergerichtliche Streitschlichtung	1153
2. Beschwerde beim Ombudsmann	1153
§ 50 Fragen der Versicherungsaufsicht	
I. Gesetzliche Grundlagen	1155
1. Versicherungsaufsichtsgesetz	1155
2. Regelungen zum Aufsichtsrecht	1155
II. Versicherungsaufsicht und Verbraucherschutz	1156
1. Die Organisation der Versicherungsaufsicht	1156
2. Auflösung des Bundesaufsichtsamtes für das Versicherungswesen (BAV)	1156
3. Versicherungsaufsichtsbehörden der Länder	1156
4. Beschwerdemöglichkeit	1156
§ 51 Exkurs: Die Rückversicherung	
I. Rückversicherung und Kraftfahrtversicherung	1158
1. Begriff	1158
2. Bedeutung der Rückversicherung in der Kraftfahrtversicherung	1158
II. Vertragliche Regelungen	1158

Inhaltsverzeichnis

	Seite
§ 52 Die Beteiligung von Rechtsschutz in der Kraftfahrtversicherung	
I. Rechtsschutz zum Versicherungsvertragsrecht	1159
1. Der grundsätzlich mögliche Rechtsschutz	1159
2. Ausgeschlossene Rechtsschutzdeckung	1161
3. Die Meldung des Rechtsschutzfalles	1162
II. Der Versicherungsschutz zu einzelnen Arten der Kraftfahrtversicherung	1163
1. Versicherungsschutz für Interessenwahrnehmung aus Versicherungsverträgen	1163
2. Mitversicherte Personen	1163
3. Der Umfang der Rechtsschutzdeckung	1164
4. Rechtsschutz und Sachverständigenverfahren	1165
III. Der Versicherungsfall bei Streitigkeiten aus Versicherungsverträgen	1165
§ 53 Kosten, Gebühren, Verfahrenskostenhilfe in der Kraftfahrtversicherung	
I. Allgemeines	1166
II. Kosten und Gebühren	1167
1. Außergerichtliche Angelegenheit	1167
2. Gerichtliches Verfahren	1167
3. Sachverständigenverfahren gemäß § 14 AKB	1167
4. Beratung und „erstes Gespräch“	1167
III. Beratungs- und Prozesskostenhilfe	1168
1. Beratungshilfe	1168
2. Prozesskostenhilfe	1169
3. Kostenschutz durch Rechtsschutzversicherung und/oder Gewerkschaft	1171
IV. Gegenstandswert	1172
1. Rechtsgrundlagen des materiellen Streitwertrechtes	1172
2. Gegenstandswert/Streitwert in versicherungsrechtlichen Angelegenheiten	1172
Anhang Teil G	
1. Mandanteninformation zum Versicherungsrecht	1173
2. Mandanteninformation zur Kraftfahrtversicherung	1176
3. Schreiben an die Kaskoversicherung nach Ablehnung der Kaskodeckung	1181
4. Klage auf Kaskoleistung aufgrund von Entwendung	1182
5. Nichtzahlung der Prämie (Erst- und Folgeprämie)	1184
6. Regress bei Obliegenheitsverletzung vor Versicherungsfall	1188
7. Satzung des Vereins Versicherungsbudermann e. V.	1203
8. Verfahrensordnung des Versicherungsbudermanns (VomVO)	1207
9. Anspruchsbegründung nach Obliegenheitsverletzung bei und/oder nach dem Versicherungsfall am Beispiel des unerlaubten Entfernens vom Unfallort (Aufklärungsobligation)	1211
10. Musterklage: Rückforderung wegen Leistung in der Kaskoversicherung	1214

Teil H. Sonstige Rechtsgebiete und Verfahren mit straßenverkehrsrechtlichem Bezug

§ 54 Sozialvorschriften – Lenk- und Ruhezeiten	
I. Rechtsgrundlagen	1218
1. EU-Regelungen	1218
2. Europäisches Übereinkommen über die Arbeit des im internationalen Straßenverkehr beschäftigten Fahrpersonals (AETR) vom 1. Juli 1970 zuletzt geändert durch das Gesetz vom 18. August 1997 (BGBl. II S. 1550) ..	1218
3. Nationale Vorschriften der Bundesrepublik Deutschland	1219
4. Rangfolge	1219

Inhaltsverzeichnis

	Seite
II. Überblick über die Lenk- und Ruhezeiten	1220
1. Anwendungsbereich	1220
2. Begriffsbestimmungen	1220
3. Lenk- und Ruhezeiten	1221
III. § 21a ArbZG	1225
IV. Kontrollmöglichkeiten der Behörden	1226
1. Straßenkontrolle	1226
2. Betriebskontrolle	1229
V. Bußgeldvorschriften	1231
1. Überblick über Zuwiderhandlungen	1231
2. Verantwortliche	1233
3. Bedeutung der Bußgeldrichtlinien/Bemessung der Geldbuße	1234
4. Gewerbezentralregister	1238
VI. Prozessuale	1239
1. Verjährung, Verfahrensablauf	1239
2. Kosten und Gebühren	1239

§ 55 Transportrecht, Gefahrgut und LKW-Maut

I. Güterkraftverkehrsgesetz (GüKG)	1241
1. Begriffsbestimmungen	1242
2. Gewerblicher Güterverkehr	1244
3. Werkverkehr	1251
4. Bundesamt für Güterverkehr	1252
5. Bußgeldvorschriften	1254
6. Kosten und Gebühren	1257
II. Gefahrgut	1257
1. Begriffsbestimmungen	1258
2. Gefahrgutvorschriften im Überblick	1258
3. Beförderung gefährlicher Güter	1261
4. Begleitpapiere	1261
5. Fahrzeug- und Beförderungsarten	1263
6. Sicherheitsausrüstung der Fahrzeuge	1263
7. Kennzeichnung von Gefahrgut	1264
8. Durchführung der Beförderung	1264
9. Gefahrgutbeauftragter	1265
10. Pflichtverletzungen der Beteiligten	1268
11. Verstöße und ihre Ahndung	1270
12. Kosten und Gebühren	1273
13. Nützliche Internet-Adressen für den Bereich Gefahrgutbeförderung	1273
III. LKW-Maut	1273
1. Begriff der Maut	1273
2. Rechtsgrundlagen	1274
3. Mautpflicht	1274
4. Befreiung von der Mautpflicht	1274
5. Mautschuldner	1276
6. Berechnung und Höhe der Maut	1277
7. Erhebung der Maut	1278
8. Pflichten des Mautschuldners	1279
9. Mautkontrollen	1281
10. Mautverstöße und deren Ahndung	1282
11. Kurzüberblick: Mautgebühren in der EU	1284
12. Kosten und Gebühren	1284

Inhaltsverzeichnis

	Seite
§ 56 Verfallsverfahren gemäß § 29a OWiG	
I. Entstehungsgeschichte	1285
1. Zweck der Vorschrift	1286
2. Anwendungsbereich	1286
II. Struktur des § 29a OWiG	1286
1. Tatbestandsmerkmale	1286
2. Tatbestandsvarianten	1289
3. Berechnung des Vermögensvorteils	1291
III. Prozessuale	1295
1. Verfahrensarten	1295
2. Zuständigkeiten, Formvorschriften und Verjährung	1296
3. Sicherungsmaßnahmen	1297
4. Vollstreckung der rechtskräftigen Verfallsanordnung	1298
IV. Rechtsanwaltsgebühren	1298
Sachverzeichnis	1299